

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1981 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Ziffern
A. Für 1981 angestrebte wirtschafts- und finanzpolitische Ziele	1 bis 9
I. Ausgangslage	1 bis 2
II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele	3 bis 9
B. Für 1981 geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik	10 bis 54
I. Gestaltung der Rahmenbedingungen	10 bis 18
Geld- und Kreditpolitik	13
Haushaltspolitik	14
Steuerpolitik	15
Zahlungsbilanzpolitik	16
Arbeitsmarktpolitik	17
Preis- und einkommenspolitisches Verhalten	18
II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik	19 bis 37
Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik	20 bis 22
Internationale Währungspolitik	23 bis 25
Außenwirtschaftspolitik	26 bis 37
III. Ordnungs- und Strukturpolitik	38 bis 54
Politik zur Förderung des Strukturwandels	38 bis 40
Strukturberichterstattung	41
Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik	42 bis 43
Mittelstandspolitik	44 bis 46
Berufliche Bildung	47

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 01 — Ja 12/81 — vom 29. Januar 1981.

Federführend: Bundesminister für Wirtschaft.

Strukturpolitik in einzelnen Sektoren	48 bis 49
Energiepolitik	50
Umweltpolitik	51
Regionale Strukturpolitik	52
Wirtschaftsförderung Berlin	53
Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen	54
C. Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	55 bis 74

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1980 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	1 bis 7
B. Jahresprojektion 1981	8 bis 18

Jahreswirtschaftsbericht 1981 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1981 vor. Dieser Bericht enthält für das Jahr 1981:

- A. die angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele sowie als Anlage die Jahresprojektion 1981;
- B. die geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- C. die Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat).

Wie in den vorhergehenden Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C (Stellungnahme im engeren Sinne), sondern auch in anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1980/81 (JG) des Sachverständigenrates Stellung.

A. Für 1981 angestrebte wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

I. Ausgangslage

1. Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird seit dem vergangenen Jahr verstärkt von den Folgen des zweiten großen Ölpreisschubs überschattet. Zwar wurden die wachstumshemmenden Einflüsse der neuen massiven Ölverteuerung zu Beginn des Jahres 1980 noch durch einen kräftigen Nachfrageanstieg überdeckt, der aus der Erwartung steigender Inflationsraten und der Furcht vor möglichen Verknappungen entstanden war; nachdem diese Sondereinflüsse an Wirkung verloren hatten, setzten sich jedoch die Abschwungkkräfte umso sichtbarer durch. Zusätzliche dämpfende Wirkungen gingen von den notwendigen Bemühungen vieler Regierungen und Notenbanken aus, mit Hilfe eines straffen Stabilisierungskurses die Ausbreitung der außenwirtschaftlichen Teuerung auf das Binnenpreisniveau möglichst zu begrenzen. Hinzu kamen auch konjunkturzyklische Abschwächungstendenzen.

In nahezu allen westlichen Industrieländern verlangsamte sich seit dem Frühjahr 1980 die Produktionsentwicklung. Sinkende Kapazitätsauslastung und Beschäftigung waren die Folge. Der Abschwung setzte zuerst in den USA ein; im Spätsommer 1980 trat allerdings dort bereits wieder eine gewisse Belebung ein, deren Nachhaltigkeit jedoch noch unsicher ist. In Westeuropa gewannen die wachstumshemmenden Faktoren im Laufe des Sommers ebenfalls die Oberhand. In Japan verlor die wirtschaftliche Expansion bisher nur relativ wenig an Schwung. Als Folge der abgeschwächten Weltkonjunktur verlangsamte sich der Zuwachs des Welthandels im Jahresverlauf erheblich.

Die starke Erhöhung der Ölpreise — auf das Zweieinhalbfache des Niveaus von Ende 1978 — hat die Leistungsbilanzungleichgewichte sowohl zu Lasten der erdölimportierenden Entwicklungsländer als auch vieler Industrieländer weiter verschärft. Hinzu kommt, daß das enorm gestiegene Kaufkraftpotential der OPEC-Staaten bisher von ihnen nicht in entsprechendem Maße zu vermehrter Nachfrage auf dem Weltmarkt genutzt worden ist. Eine Reihe von ölabhängigen Ländern — insbesondere in der Dritten Welt — sieht sich gravierenden Finanzierungsschwierigkeiten gegenüber; die Leistungsfähigkeit der internationalen Kreditmärkte wird dabei auf eine harte Probe gestellt. Aber auch für viele westliche Industrieländer ergeben sich aufgrund ihrer beträchtlichen Leistungsbilanzdefizite ernste Probleme. Ein wachsendes Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung besteht überdies in den vielerorts zunehmenden Bestrebungen, sich dem von außen kommenden Anpassungszwang mit handelshemmenden Schutzmaßnahmen zu entziehen.

Die Ölpreissteigerungen bedeuten auch über das Jahr 1980 hinaus eine schwerwiegende Belastung

für die Weltwirtschaft; neue Unsicherheiten — vor allem auch im politischen Raum — sind in den letzten Monaten hinzugekommen. Wenn nicht abermals bruchartige Entwicklungen im Energiebereich oder unvorhersehbare weltpolitische Ereignisse eintreten, bestehen gleichwohl berechtigte Hoffnungen, daß die zweite Ölpreisexplosion insgesamt zu geringeren Verlusten an Wachstum und Beschäftigung führt als die Krise von 1973/74. Insbesondere gehen von dem Zwang zur Anpassung an die veränderte Energiesituation heute nachhaltigere Investitionsanreize als damals aus. Außerdem scheint nach den negativen Erfahrungen der Vergangenheit weltweit die Einsicht gewachsen zu sein, daß ölpreisbedingte Einkommensverluste letztlich nicht durch zusätzliche Einkommensforderungen vermieden werden können, sondern daß dadurch die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nur vergrößert werden. Auch haben die wirtschaftspolitischen Instanzen vieler Länder die Bedeutung einer nachhaltigen Inflationsbekämpfung für das künftige Wachstum und die Beschäftigung erkannt. Anstelle einer inflationsfördernden nachfrageorientierten Expansionspolitik steht gegenwärtig in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eher das Bemühen im Vordergrund, durch Verbesserung der Wachstumsbedingungen den notwendigen Strukturanpassungsprozeß in der Wirtschaft zu erleichtern.

2. Auch in der Bundesrepublik Deutschland machten sich im Verlauf des Jahres 1980 die wachstumshemmenden Wirkungen der sprunghaften Ölverteuerung zunehmend bemerkbar. Die Ölrechnung für die Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 1978 auf knapp 60 Mrd. DM im Jahre 1980 verdoppelt. 1980 allein betrug der Anstieg rd. 14 Mrd. DM. Die starke Ölverteuerung bedeutete einen erheblichen Kaufkraftentzug und eine entsprechende Einschränkung der sonst verfügbaren Realeinkommen. Diese können weder durch eine expansive Geld- oder Fiskalpolitik noch durch höhere Steigerungen der Nominaleinkommen ersetzt werden. Nachdem die wirtschaftlichen Aktivitäten zu Jahresanfang unter dem Einfluß der erwähnten Sonderfaktoren noch eine beachtliche Dynamik entfaltet hatten, gewannen seit dem Frühjahr bei Nachfrage und Produktion Abschwächungstendenzen immer mehr an Gewicht. Die Nachfrage der Verbraucher entwickelte sich insbesondere in der Mitte des Jahres deutlich schwächer als zuvor. Gleichfalls nachfrage-dämpfend wirkten eingeschränkte Absatzmöglichkeiten im Ausland und der Abbau von Lagerbeständen bei Handel und Industrie. In einigen Wirtschaftszweigen traten überdies konjunkturzyklische Ermüdungserscheinungen zutage. Selbst die Wachstumsimpulse, die zunächst noch von der regen Investitionstätigkeit der Unternehmen ausgingen, verloren im späteren Jahresverlauf an Kraft.

Da die Produktion der sich abschwächenden Nachfrage rasch folgte, ging die Auslastung der Fertigungskapazitäten spürbar zurück. Dies schlug sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. Der mehrjährige Beschäftigungsanstieg setzte sich in der zweiten Jahreshälfte 1980 nicht mehr fort. Die saisonbereinigten Zahlen der arbeitslos Gemeldeten zeigen seit dem Frühjahr eine ansteigende Tendenz. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß aufgrund demographischer Entwicklungen das Arbeitskräfteangebot weiter zunahm. Bei der Bekämpfung des gegenüber 1979 zunächst deutlich beschleunigten Preisauftriebs konnten dagegen Fortschritte erzielt werden. Im Jahresverlauf ließ der Preisanstieg sowohl beim privaten Verbrauch als auch auf vorgelagerten Stufen zeitweilig spürbar nach. Wie aber die zuletzt wieder zunehmenden Teuerungsraten, insbesondere bei den Import- und Erzeugerpreisen, zeigen, bestehen hier jedoch nach wie vor erhebliche Risiken — auch wenn diese Entwicklung zum Teil auf Sonderfaktoren beruht und deshalb nicht Ausdruck einer allgemeinen Wiederbeschleunigung des Preisanstiegs sein dürfte.

Obwohl die Warenausfuhr im abgelaufenen Jahr wiederum kräftig zunahm, verschlechterte sich die außenwirtschaftliche Situation der deutschen Wirtschaft deutlich. Das bereits 1979 entstandene Leistungsbilanzdefizit verdreifachte sich im Jahre 1980. Hierzu trugen vor allem die erneut stark gestiegenen Preise für eingeführtes Mineralöl bei. Daneben wirkte sich in stärkerem Maße die Konkurrenz ausländischer Anbieter auf dem deutschen Binnenmarkt, aber auch auf den Auslandsmärkten aus. Erhöhte Aufwendungen für Auslandsreisen und wachsende internationale Verpflichtungen vergrößerten überdies den Fehlbetrag im „unsichtbaren“ Leistungsverkehr mit dem Ausland. Das hohe Leistungsbilanzdefizit war — neben dem zum Teil erheblich höheren Zinsniveau im Ausland — die Hauptursache für den zeitweilig starken Abwertungsdruck, dem die D-Mark auf den Devisenmärkten ausgesetzt war. Demgegenüber trat der Einfluß des im Vergleich zum Ausland geringeren Preisanstiegs zunächst in den Hintergrund.

Es muß zwar festgestellt werden, daß die im Verlaufe von 1980 eingetretene wirtschaftliche Verlangsamung deutlicher ausfiel, als am Jahresbeginn von der Bundesregierung erwartet worden war und daß die Unsicherheiten über die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft nach wie vor groß sind. Gleichwohl besteht doch weiterhin die Chance, daß ein sich selbst verstärkender und längeranhaltender Schrumpfungsprozeß vermieden werden kann. Im Gegensatz zu anderen Ländern braucht die Bundesrepublik Deutschland — wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung festgestellt hat — „nicht erst die Hypothek einer gescheiterten Wirtschaftspolitik abzutragen“ (Ziffer 276 JG). Mit der gegenüber fast allen anderen Ländern günstigeren Preisentwicklung und den verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionsbedingungen in der privaten Wirtschaft sind wichtige Voraussetzungen für eine neue Belebung der Wirtschaftstätigkeit im Jahresverlauf gegeben.

II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

3. Angesichts dieser weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Ausgangslage kommt es für die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik jetzt vor allem darauf an, die negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der drastischen Ölpreisentwicklung in Grenzen zu halten und die Voraussetzungen für einen neuen Wachstumsprozeß bei gleichzeitiger Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position zu festigen. Die hierfür erforderlichen Anpassungen in der Produktions- und Verteilungsstruktur können nur durch gemeinsame Anstrengungen aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten erreicht werden. Die nach Auffassung der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt 1981 erreichbaren gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse weichen wegen der gravierenden weltwirtschaftlichen Belastungen zwar teilweise erheblich von den im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Zielen ab; mit diesen Ergebnissen werden jedoch die Möglichkeiten für die notwendige Besserung der Wachstums- und Beschäftigungslage in den Folgejahren eröffnet. Gesamtwirtschaftliche Prozesse und Zielvorstellungen werden mit statistischen Durchschnittswerten einzelner Kalenderjahre stets nur unvollkommen beschrieben. Die Angaben müssen deshalb in einem mehrjährigen Zusammenhang gesehen und beurteilt werden.

4. Unter der Voraussetzung, daß es im Laufe des Jahres nicht zu neuerlichen schwerwiegenden weltwirtschaftlichen Störungen kommt, hält die Bundesregierung aufgrund der derzeit verfügbaren Informationen 1981 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der

- a) das Bruttosozialprodukt im Jahresverlauf real wieder ansteigt und den Vorjahresstand nicht oder nur geringfügig unterschreitet,
- b) die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt auf rd. $4\frac{1}{2}$ % aller Erwerbspersonen bzw. rd. 5 % der unselbständigen Erwerbspersonen begrenzt werden kann,
- c) der Anstieg der Verbraucherpreise nicht über rd. $4\frac{1}{2}$ % im Jahresdurchschnitt hinausgeht und
- d) das Leistungsbilanzdefizit mit 22 bis 25 Mrd. DM im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfällt und der nominale Außenbeitrag wieder positiv wird.

Nach sorgfältiger Abwägung der vielfältigen Unsicherheiten hält die Bundesregierung eine solche Entwicklung der deutschen Wirtschaft in 1981 für wahrscheinlicher, als sie in — aus heutiger Sicht ebenfalls möglichen — günstigeren oder weniger günstigen Prognosen zum Ausdruck kommt. Gleichwohl muß — in diesem Jahr noch nachdrücklicher als sonst — darauf hingewiesen werden, daß diese Eckwerte der Jahresprojektion auf einer Reihe von Annahmen und Bedingungen beruhen, deren Eintreffen nicht gesichert ist. Diese Annahmen und Bedingungen betreffen sowohl die Reaktionen und Verhaltensweisen der am inländischen Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen und Institutionen als auch die außenwirtschaftlichen Einwirkungen, auf welche die nationale Wirtschaftspolitik kaum Ein-

fluß hat und die von den inländischen Wirtschaftssubjekten mehr oder weniger als Datum hingenommen werden müssen. (Im einzelnen werden die Annahmen und Bedingungen der Jahresprojektion in der beigefügten Anlage erläutert.)

5. Das Sozialproduktsniveau lag Ende des letzten Jahres — infolge des Rückgangs im Jahresverlauf — real bereits deutlich unter dem Jahresdurchschnitt 1980 (negativer „Überhang“ schätzungsweise etwa 1 %). Ein jahresdurchschnittliches reales Sozialproduktsniveau 1981 wie im Vorjahr kann deshalb nur erreicht werden, wenn es schon relativ frühzeitig im Verlaufe dieses Jahres zu einer neuen wirtschaftlichen Belebung kommt oder — im Falle einer Verzögerung — das Wachstumstempo im zweiten Halbjahr um so stärker ausfällt. Da gegenwärtig noch nicht mit hinreichender Sicherheit abzusehen ist, wann die derzeitige Schwächeperiode endet und wie stark die im Anschluß daran erwarteten Belebungstendenzen ausfallen werden, sind Aussagen über das zu erwartende Jahresdurchschnittsergebnis beim Sozialprodukt für 1981 besonders schwierig. Ein Vergleich der beiden Jahresverläufe 1980 und 1981 macht deutlich, daß Jahresdurchschnittswerte in der jetzigen Situation ohnehin nur wenig über das wirtschaftliche Geschehen innerhalb eines Jahres aussagen: Das Wachstum des Jahres 1980 kam im wesentlichen nur durch den positiven „Überhang“ am Jahresbeginn und durch die günstige Entwicklung im ersten Quartal zustande, während das Durchschnittsergebnis in diesem Jahr weitgehend durch die Abschwächung im Verlaufe des Vorjahres und damit durch den negativen „Überhang“ vorbestimmt wird.

In Übereinstimmung mit nahezu allen konjunkturbeobachtenden Stellen im In- und Ausland geht die Bundesregierung davon aus, daß sowohl in der Weltwirtschaft als auch in der Binnenwirtschaft im Laufe des Jahres eine neue Aufwärtsbewegung einsetzt. Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird dabei insbesondere vom weiteren Wachstumsverlauf in der amerikanischen und in den europäischen Wirtschaften, aber auch vom weiteren Wachstum der Entwicklungsländer abhängen. Für die Aussichten in der Bundesrepublik Deutschland lassen die derzeit verfügbaren Informationen zwar noch keinen hinreichend sicheren Schluß zu, daß das Ende der derzeitigen Schwächeperiode bereits erreicht ist — in der ersten Ölpreiskrise war der reale Sozialproduktsrückgang vom damals höchsten Niveau Anfang 1974 bis zum Tiefpunkt im zweiten Quartal 1975 erheblich ausgeprägter —; die Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft ist jedoch heute insgesamt als widerstandsfähiger einzuschätzen.

Dies betrifft neben der geringeren inflatorischen Aufblähung vor allem das Investitionsverhalten im Unternehmensbereich. Ihm kommt gerade unter Wachstums- und Beschäftigungsaspekten nicht nur kurzfristig eine besondere Bedeutung für die Nachfrageentwicklung zu. Insbesondere auch für den weiteren Ausbau des Produktionspotentials, das derzeit jährlich nur etwa um 2 1/2 bis 3 % zunimmt, und damit für die mittelfristige Bereitstellung von mehr Arbeitsplätzen, ist eine hinreichende Investi-

tionstätigkeit der Wirtschaft unerlässlich. Für eine im Vergleich zu 1974/75 diesmal robustere private Investitionstätigkeit sprechen vor allem folgende Gründe: Die Ertragseinbrüche waren bisher geringer als nach der ersten Ölpreisexplosion. Das erheblich erhöhte Energiepreinsniveau und die Erwartung eines weiteren Anstiegs sowie der wachsende Konkurrenzdruck von außen zwingen heute zu stärkeren Investitionsanstrengungen; der vorhandene Produktionsapparat muß daher mit dem Ziel der Kostensenkung, Verbesserung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und nicht zuletzt der Energieeinsparung bzw. -substitution modernisiert und erneuert werden. Die gesamtwirtschaftliche Expansion der letzten Jahre hat trotz einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich im Fünfjahreszeitraum 1976 bis 1980 um real knapp 7 % zu keinen ausgesprochenen Überkapazitäten geführt, weswegen die in einer Konjunkturabschwächung übliche Investitionszurückhaltung (so gingen z. B. die Unternehmensinvestitionen 1974 real um 11 % zurück) diesmal erheblich geringer ausfallen dürfte. Nach dem letzten Ifo-Investitionstest plant aber auch wieder ein größerer Anteil der Unternehmen, die Fertigungskapazitäten aus Gründen der Produkt- und Prozeßinnovationen zu erweitern. Dies spricht dafür, daß eine Mehrzahl von Unternehmen die momentane Wachstumsschwäche als vorübergehende Erscheinung ansieht und sich auf einen neuerlichen Aufschwung mit genügenden Kapazitäten vorbereitet. Läßt die Lohnpolitik 1981 Raum für die notwendige Ertragsentwicklung und gelingt es, weitere Fortschritte beim Abbau bestehender Investitionshemmnisse zu erzielen, gibt es somit insgesamt gute Gründe, die weitere Investitionstätigkeit im Unternehmensbereich günstiger als 1974/75 einzuschätzen.

So wichtig eine relativ stabile Zunahme der unternehmerischen Investitionen auch ist, kräftige konjunkturelle Impulse sind in 1981 von dieser Seite insgesamt noch nicht zu erwarten. Das gilt im großen und ganzen — jedenfalls im Jahresdurchschnittsvergleich mit dem Vorjahr — wohl auch für die anderen Nachfrageaggregate, die private Verbrauchernachfrage, die staatliche Nachfrage, den Wohnungsbau, die Vorratsbildung und die Exporte. Im Jahresverlauf kann jedoch insbesondere bei der Vorratsbildung und den Exporten, vermutlich aber auch beim privaten Verbrauch und beim Wohnungsbau mit einem allmählichen Wiederanstieg gerechnet werden. Trotz dieser positiven Erwartung für eine schrittweise Aufwärtsbewegung im Laufe des Jahres ist jedoch im Jahresdurchschnitt 1981 mehr als eine Stagnation des realen Sozialprodukts nicht zu erwarten.

6. Bei diesen Aussichten für das wirtschaftliche Wachstum erscheint eine begrenzte Abnahme der Zahl der Beschäftigten unvermeidbar, selbst wenn man nur geringfügige Produktivitätsfortschritte unterstellt und davon ausgeht, daß die Unternehmen vorübergehend verstärkt wieder von der Möglichkeit der Kurzarbeit Gebrauch machen.

Auf der anderen Seite dürfte 1981 die Zahl der neu ins Berufsleben tretenden Personen die der gleichzeitig aus dem Erwerbsprozeß Ausscheidenden wiederum um 100 bis 150 Tsd. übersteigen. Es ist deswegen auch in diesem Jahr wichtig, daß die Unternehmen und Verwaltungen ein genügend großes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitstellen. Angesichts der verschlechterten Wachstumsperspektive muß jedoch für 1981 auch unter der Voraussetzung, daß die Unternehmen in Erwartung einer konjunkturellen Verbesserung im Jahresverlauf möglichst viele Arbeitskräfte auch bei zeitweiliger Unterbeschäftigung durchhalten, mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt gerechnet werden. Die Bundesregierung geht aber davon aus, daß bei gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt auf rd. $4\frac{1}{2}\%$ aller Erwerbspersonen bzw. rd. 5 % der unselbstständigen Erwerbspersonen begrenzt werden kann. Dieser vor allem durch die außenwirtschaftlichen Einflüsse verursachte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosenzahl, hinter der sich auf den verschiedenen Teilbereichen allerdings erhebliche Unterschiede verbergen, ist kurzfristig kaum vermeidbar; die Arbeitslosigkeit kann jedoch in den folgenden Jahren um so eher wieder vermindert werden, je nachhaltiger alle Beteiligten an der Schaffung und Festigung der Voraussetzungen für einen neuen Wachstumsprozeß und für eine wirkame Strukturanpassung mitwirken.

7. Bis zum Oktober 1980 war nach dem vorausgegangenen ölpreisbedingten Anstieg eine kontinuierliche Abschwächung der monatlichen Verbraucherpreisrate zu verzeichnen. Vor allem aufgrund des erneuten Energiepreisanstiegs und der Wechselkursentwicklung der D-Mark kam es im Herbst wieder zu einer Beschleunigung bei den Einfuhrpreisen und den gewerblichen Erzeugerpreisen, was sich inzwischen auch in den Verbraucherpreisen niederschlug. Entgegen vorherigen Erwartungen lag das Verbraucherpreisniveau um die Jahreswende mit rd. 2 % über dem Jahresdurchschnitt; dieser „Überhang“ war damit etwa genauso hoch wie vor einem Jahr. Die Verwirklichung des Zieles, den Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1981 auf rd. $4\frac{1}{2}\%$ zu begrenzen, setzt deshalb eine deutliche Verlangsamung des voraussichtlich zu Jahresbeginn noch starken Preisanstiegs im weiteren Jahresverlauf voraus. Neben der Erwartung, daß neue außenwirtschaftliche Einflüsse einer solchen möglichen Entwicklung nicht entgegenstehen, geht die Bundesregierung bei ihrer Zielformulierung für die Preisentwicklung davon aus, daß die gegenwärtig noch vorherrschenden Abwertungstendenz der D-Mark nur vorübergehender Natur ist und im Verlaufe von 1981 entsprechend den Unterschieden in der Kosten- und Preisentwicklung gegenüber den meisten westlichen Industrieländern wieder von einer Höherbewertung abgelöst wird. Darüber hinaus ist eine Unterstützung dieser Zielsetzung durch die autonomen Preis- und Kostenentscheidungen im Inland unerlässlich.

8. Da die wesentlichen Ursachen der in der Bundesrepublik Deutschland festzustellenden Abschwä-

chung der Wirtschaftstätigkeit auch für andere Industrieländer — mit meist schwerwiegenden Konsequenzen für Preisentwicklung und Arbeitslosigkeit — gelten, scheint sich — mit Ausnahme eines gewissen zeitlichen Vorlaufes der Vereinigten Staaten und einer vergleichsweise geringeren Abschwächung in Japan — eine weitgehend gleichlaufende reale Sozialproduktentwicklung in der westlichen Welt abzuzeichnen. Das Wirtschaftswachstum im OECD-Bereich dürfte 1981 nach den letzten Schätzungen im Jahresdurchschnitt hinter der Entwicklung des Vorjahres (+1%) etwas zurückbleiben; ein im Jahresdurchschnitt gleichbleibendes oder leicht ansteigendes Sozialprodukt aller Industrieländer zusammen setzt im Verlauf allerdings ebenfalls eine relativ deutliche Wende zum Besseren voraus. Unter dieser Voraussetzung dürfte sich der Welthandel 1981 etwa in ähnlichem Ausmaß wie das Sozialprodukt der Industrieländer entwickeln. Ein wahrscheinlich etwas stärkeres Wachstum der für die deutsche Wirtschaft besonders wichtigen Exportmärkte sowie die relativ günstige Angebotspalette der deutschen Exportwirtschaft und die notwendigen Bemühungen um eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit könnten dabei zu einem etwas über die erwartete Entwicklung des Welthandelsvolumens hinausgehenden realen Exportanstieg führen. Die Entwicklung der realen Einfuhren dürfte bei dem projektierten Wirtschaftswachstum infolge der z. Z. recht hohen Lagerbestände sowie eines vermutlich geringfügigen zeitlichen Nachlaufs gegenüber dem Wachstumsprozeß einiger anderer Industrieländer leicht hinter dem erwarteten Ausfuhranstieg zurückbleiben. In konstanten Preisen würde der Außenbeitrag dann weiter ansteigen. Hierbei wird unterstellt, daß die Ölimporte infolge der Einsparbemühungen dem Volumen nach auch 1981 geringer als im Vorjahr ausfallen. Dadurch könnte dann der wegen anhaltend steigender Preise zu erwartende weitere Anstieg der Ölrechnung von ca. 58 Mrd. DM in 1980 auf etwa 65 bis 70 Mrd. DM¹⁾ in 1981 auf ein unvermeidbares Maß begrenzt werden; denn die Rohölpreise frei deutsche Grenze lagen in D-Mark gerechnet im Dezember 1980 bereits um ca. 14 % über dem Durchschnittsstand des Vorjahres. Hinzu kommen die Belastungen aus den Ölpreisbeschlüssen vom Dezember und den jüngsten Entwicklungen an den internationalen Spotmärkten.

Insbesondere aufgrund des erwarteten Anstiegs der Importpreise, vor allem für Mineralöl, ist auch im Falle einer Höherbewertung der D-Mark im Jahresdurchschnitt 1981 kaum mit einem günstigeren Verhältnis der Ausfuhr- zu den Einfuhrpreisen (terms of

1) Netto, d. h. nach Abzug der Ausfuhren von Mineralölzeugnissen. Die Prognose für die Ölrechnung ist mit besonders starken Unsicherheiten behaftet: Neben der Preispolitik der Ölexportländer, den kaum vorhersehbaren Preisbewegungen auf den Märkten für Mineralölzeugnisse und dem z. T. auch witterungsbedingten Einfuhrbedarf spielt die Wechselkursentwicklung der D-Mark eine erhebliche Rolle für die tatsächliche Höhe der Ölrechnung in einer Periode. Relativ geringfügige Variationen bei den verschiedenen Einflußgrößen können also eine deutliche Veränderung der unter bestimmten Annahmen errechneten gesamten Ölrechnung haben.

trade) zu rechnen. Dennoch dürfte die erwartete schwächere Entwicklung der Importe im Vergleich zu den Exporten den nominalen Außenbeitrag verbessern und damit auch zu einer Verringerung des Leistungsbilanzdefizits auf etwa 22 bis 25 Mrd. DM führen. Eine solche — vorerst nur begrenzte — Verbesserung der Leistungsbilanz ist sowohl im Hinblick auf die notwendige stärkere marktmäßige Finanzierung des Defizits durch Kapitalimporte als auch die vielfältigen internationalen Verpflichtungen erforderlich. Diese Verpflichtungen kann die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer nur erfüllen, wenn es gelingt, die für den weiteren Abbau des Leistungsbilanzdefizites notwendigen Struktur Anpassungen in der Binnenwirtschaft bald und nachhaltig durchzusetzen.

9. Wachstum, Preisentwicklung, Beschäftigung und Außenbilanz werden gerade angesichts der internationalen Herausforderungen und Belastungen 1981 weitgehend von den autonomen preis- und einkommenspolitischen Entscheidungen von Unternehmen und Tarifvertragsparteien beeinflusst. Die Eckwerte der Jahresprojektion verdeutlichen die begrenzten Spielräume für Preiserhöhungen und Einkommensverteilung in diesem Jahre. Die Zunahme des Volkseinkommens wird wegen stark steigender Abschreibungen sowie der notwendigen Anhebung indirekter Steuern und der Kürzung von Subventio-

nen noch deutlich hinter der Zuwachsrates des nominalen Bruttosozialprodukts von $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ % zurückbleiben. Darüber hinaus wird der Rahmen für die nominale Einkommensverteilung auch noch durch die Lohnkostenbelastung infolge erhöhter Beitragssätze zur Rentenversicherung und bei mehreren Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung eingeschränkt.

In der Jahresprojektion wurde ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um rd. 4 % im Jahresdurchschnitt 1981 angenommen. Unter Einschluß der erhöhten Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung und bei Berücksichtigung der wahrscheinlich um ca. 1 % geringeren Zahl beschäftigter Arbeitnehmer würde dies einen Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit um 3 bis 4 % bedeuten. Bei diesen Annahmen könnte die (um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur) bereinigte Lohnquote in etwa unverändert bleiben und die Zunahme des Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommens¹⁾ zwischen 2 und 3 % betragen.

1) Diese Einkommensgröße läßt sich im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur als Rest ermitteln. Sie enthält nicht nur die Unternehmensgewinne im engeren Sinne, sondern z. B. auch Kapital- und Mieteinkünfte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen.

B. Für 1981 geplante Wirtschafts- und Sozialpolitik

I. Gestaltung der Rahmenbedingungen

10. Die deutsche Wirtschaft steht 1981 unter hartem Anpassungszwang. Tiefgreifende Veränderungen der Weltwirtschaft verbinden sich mit binnenwirtschaftlichem Strukturwandel und gleichzeitiger Konjunkturschwäche zu einer außergewöhnlichen Herausforderung. Was als Wachstumspause der Wirtschaft erscheint, ist zugleich eine Probe darauf, wie umstellungsbereit und leistungsfähig die gesamte deutsche Wirtschaft unter erschwerten welt- und binnenwirtschaftlichen Bedingungen ist. Es gilt jetzt vor allem, den erarbeiteten gemeinsamen Wohlstand in einem sich weiter verschärfenden internationalen Wettbewerb zu sichern und die wirtschaftlichen Grundlagen für die soziale Sicherung zu bewahren. Einsicht aller gesellschaftlichen Gruppen in die Notwendigkeit einer erneuten Anspannung der Leistungskräfte und eines gesamtwirtschaftlichen Zusammenwirkens ist dafür eine Grundbedingung.

11. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht 1981 vor allem darin, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die es der privaten Wirtschaft ermöglichen, mit Investitionen zur Erneuerung des Produktionsapparates und zur Erweiterung der Beschäftigung wieder einen nachhaltigen Wachstumsprozeß in Gang zu setzen. Ordnungspolitik und Strukturpolitik, Geldpolitik und Finanzpolitik, Einkommenspolitik und Sozialpolitik müssen sich gegenseitig unterstützen, damit sowohl eine weitere Stabilisierung des Preisniveaus als auch eine — über das Jahr hinausreichende — nachhaltige Verbesserung der Beschäftigung erreicht werden können. Die Politikentscheidungen in den einzelnen Bereichen müssen dabei so angelegt sein, daß sie auch unvorhersehbaren Entwicklungen im Laufe des Jahres, z. B. aus dem internationalen Umfeld, standhalten und erfolgreich begegnen können. Die Erfahrung hat gezeigt: Wichtiger als kurzfristige Reaktionen und Erleichterungen sind für den Wachstumsprozeß verlässliche langfristige Grundlinien der Wirtschaftspolitik. Deswegen ist eine auf mittelfristige Verstetigung angelegte Politik notwendig.

12. Angesichts der vielfältigen internationalen Herausforderungen kommt es vor allem darauf an, daß alle politischen Instanzen sich in ihrem Verantwortungsbereich darum bemühen, noch bestehende Hemmnisse für Innovation und Investitionen soweit wie möglich abzubauen. Die Bundesregierung hält es gerade im Hinblick auf die Beschäftigung für erforderlich, die in neuen Technologien liegenden Chancen für Wachstum und Energieeinsparung zu nutzen, soweit nicht übergreifende Gründe dem entgegenstehen.

Um den sich abzeichnenden Wohnungsbedarf besser zu befriedigen und um die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft besser zu nutzen, wird die Bundesregierung eine wohnungspolitische Gesetzgebung vorlegen. Diese soll unter Wahrung des notwendigen Schutzes der Mieter die Investitionsbereitschaft privater Anleger im freifinanzierten Wohnungsbau stärken, schrittweise mehr marktwirtschaftliche Elemente in den sozialen Wohnungsbau einführen, die Fehlbelegung vermindern und die Instrumente des Bundesbaugesetzes verbessern, um das Angebot an Bauland zu vergrößern und Preissteigerungen zu verringern.

Die Bundesregierung hält den begrenzten Ausbau der Kernenergie für notwendig, um neben der langfristigen Sicherung der Energieversorgung das Leistungsbilanzdefizit zu vermindern sowie energieökostengünstige Industriestandorte und Arbeitsplätze zu sichern. Sie wird sich deshalb in Zusammenarbeit mit den Ländern nachdrücklich darum bemühen, die Genehmigungsverfahren für Kraftwerke ohne Einbußen an Sicherheit und Rechtsschutz zu beschleunigen. Außerdem wird die Bundesregierung im Frühjahr 1981 über Art und Umfang staatlicher Hilfen für die Durchführung des Kohleveredelungsprogramms entscheiden. Im Zusammenhang mit der wohnungspolitischen Gesetzgebung und mit der 3. Fortschreibung des Energieprogramms wird die Bundesregierung ferner darüber beschließen, in welcher Form das Ende 1982 auslaufende Energiesparprogramm mit stärkerer Konzentration auf die Anwendung neuer Technologien fortgesetzt werden kann (vgl. auch Ziffer 50 dieses Berichts).

Die Deutsche Bundespost wird ihre Investitionen zum Ausbau des Fernmeldenetzes verstärken und dabei die neuen technologischen Möglichkeiten nutzen. Die Bundesregierung wird sich zusammen mit den Ländern um eine baldige Festlegung des notwendigen medienpolitischen Rahmens bemühen.

Geld- und Kreditpolitik

13. Bundesregierung und Bundesbank stimmen darin überein, daß die Geldpolitik 1981 die Stabilität der D-Mark sichern und einen angemessenen Finanzierungsspielraum für wirtschaftliches Wachstum bereitstellen muß.

Die Deutsche Bundesbank hat daher in Übereinstimmung mit der Bundesregierung beschlossen, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom 4. Quartal 1980 bis zum 4. Quartal 1981 innerhalb einer Bandbreite von 4 bis 7 % zu halten. Dabei soll unter Berücksichtigung der Konjunktur- und Preisentwicklung, der Zahlungsbilanz und des Wechselkurses der D-Mark laufend überprüft werden, inwieweit

die Zentralbankgeldmenge mehr in der unteren oder in der oberen Hälfte dieses Zielbandes zunehmen soll. Dieses Ziel ist als deutliches Signal zu verstehen, daß die Bundesbank ihre Politik zur Stärkung der D-Mark energisch fortsetzen wird.

Die weitere Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark wird vor allem davon abhängen, wie erfolgreich der angesichts der Energieverteuerung und des Leistungsbilanzdefizits dringend erforderliche Anpassungsprozeß sein wird. Entscheidend wird außerdem sein, wie sich das Zinsniveau in anderen großen Industrieländern entwickelt. Dies hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit es diesen Ländern gelingt, im Kampf gegen die Inflation nachhaltige Erfolge zu erzielen. Der Handlungsspielraum der Geld- und Kreditpolitik ist gegenwärtig insbesondere deswegen eingeschränkt, weil das Zinsniveau im Ausland fast durchweg weit höher ist als in der Bundesrepublik Deutschland. Soweit diese Zinsdifferenzen nicht durch die Erwartung stabilerer Preise aufgewogen werden, drückt dies den Wechselkurs der D-Mark und erschwert den Kapitalimport, der zur marktmäßigen Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits erforderlich ist. Wenn die Stabilitätspolitischen Bemühungen in wichtigen Partnerländern, was zu hoffen ist, erfolgreich sein werden, dürfte es dort zu Zinssenkungen kommen, so daß sich zusammen mit der erwarteten Verringerung des deutschen Leistungsbilanzdefizits die außenwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland entspannen dürfte. Der Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik Deutschland dürfte sich dann auch auf den Wechselkurs auswirken. Ein damit entstehender geldpolitischer Spielraum sollte dann für die Stärkung des Wachstums und weitere Stabilitätsfortschritte genutzt werden.

Haushaltspolitik

14. In der Haushaltspolitik kommt es wesentlich darauf an, über eine Begrenzung der öffentlichen Ausgaben mittelfristig die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand zurückzuführen. Dies gilt sowohl für den Bund als auch für die Länder und Gemeinden. Bei der Verwirklichung dieser Zielsetzung muß auf die aktuelle Konjunktorentwicklung Rücksicht genommen werden. Daraus ergibt sich aus derzeitiger Sicht:

- a) Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte sollten entsprechend den Beschlüssen des Finanzplanungsrates 1981 begrenzt und in der mittelfristigen Finanzplanung sollte die Ausgabensteigerung unterhalb des durchschnittlichen nominalen Anstiegs des Bruttosozialprodukts gehalten werden. Wegen der abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Aktivität ist es jedoch zur Nachfragestabilisierung geboten, eine höhere Neuverschuldung insoweit hinzunehmen, als es im Jahre 1981 zu weiteren konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen kommt. Außerdem sollten notwendige Sparmaßnahmen soweit wie möglich nicht bei den investiven Ausgaben ansetzen.

- b) Mit den für 1981 beschlossenen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen werden bereits spürbare Impulse für Investitionen und Konsum gegeben. Auch von dem Programm für Zukunftsinvestitionen sind nach Verlängerung der Vergabefrist für 1981 noch Aufträge in Milliardenhöhe zu erwarten. Besondere konjunkturanregende Ausgabenprogramme sollten aus derzeitiger Sicht nicht in Betracht gezogen werden, weil sie nur durch eine höhere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes finanziert werden könnten und die Lage der öffentlichen Haushalte erschweren würden.
- c) Angesichts des nach wie vor hohen öffentlichen Kreditbedarfs kommt es auch weiterhin darauf an, die Anforderungen der öffentlichen Hand an die Kreditmärkte so zu koordinieren, daß eine Überforderung der Märkte vermieden wird.

Steuerpolitik

15. Das bereits im Sommer vergangenen Jahres beschlossene Steuerentlastungsgesetz 1981 setzt die schon in den Jahren zuvor verfolgte Politik der steuerlichen Entlastung fort. Neben der Ende 1980 wirksam gewordenen Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages enthält es vor allem Änderungen am Einkommensteuertarif, die den Zugriff der Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer mit Wirkung ab 1. Januar 1981 abschwächen und dazu beitragen, die gesamtwirtschaftliche Steuerquote konstant zu halten. Zusammen mit den familienpolitischen Maßnahmen und der Verbesserung des Kinder- und Wohngeldes beträgt das rechnerische Entlastungsvolumen dieses Gesetzes für 1981 ca. 12 Mrd. DM. Zusätzlich treten zum 1. Januar 1981 aus dem Steueränderungsgesetz 1979 die Verbesserungen bei der Gewerbesteuer — Verdoppelung des Freibetrages auf 120 000 DM und Einführung eines 50 000 DM-Freibetrages für die Hinzurechnung von Dauerschulden — in Kraft. Diese Maßnahmen werden damit zu einem konjunkturpolitisch günstigen Zeitpunkt wirksam.

Die Bundesregierung hat mit dem Entwurf eines Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetzes 1981 eine Anhebung dieser Verbrauchsteuern vorgeschlagen. Die Mehreinnahmen aus beiden Maßnahmen werden sich 1981 auf 2,4 Mrd. DM belaufen. Die Anhebung der Mineralölsteuer soll auch zu einem sparsameren Kraftstoffverbrauch anreizen und so zu einer Verringerung der Öleinfuhren beitragen.

Zahlungsbilanzpolitik

16. Die Entwicklung des Defizits in der deutschen Leistungsbilanz verlangt die Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik. Wenn auch ein Teil dieses Defizits lediglich die konjunkturzyklischen Unterschiede zwischen den Industrieländern widerspiegeln und sich im weiteren Verlauf von selbst abbauen dürfte, so ist doch ohne besondere Anstrengungen eine ausreichende Selbstkorrektur der Leistungsbilanz in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

Das gilt insbesondere für den ölpreisbedingten Teil des Defizits, der — anders als 1974/75 — in den nächsten Jahren voraussichtlich weder durch eine reale Ölpreissenkung noch durch entsprechende Mehrexporte in die OPEC-Länder ausgeglichen werden dürfte. Ohne die deutlichen Fortschritte bei der Einsparung von Mineralöl (Inlandsabsatz schätzungsweise rd. — 12 %) wäre die Belastung der Leistungsbilanz durch die Ölrechnung im Jahre 1980 noch erheblich höher gewesen. Hinzu kommt, daß in der Leistungsbilanzentwicklung der letzten Jahre auch strukturelle Veränderungen, wie verstärkter internationaler Wettbewerb insbesondere auf den Binnenmärkten, Zunahme von deutschen Direktinvestitionen im Ausland sowie wachsende Reiseverkehrausgaben und zunehmende staatliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber Entwicklungsländern und internationalen Organisationen, zum Ausdruck kommen.

In Anbetracht des vor allem durch die Ölpreissteigerung entstandenen weltweiten Ungleichgewichts in den Zahlungsbilanzen ist auch für die Bundesrepublik Deutschland zeitweilig ein größeres Defizit in der Leistungsbilanz unvermeidbar. Für eine Übergangszeit ist es zugleich auch ein Beitrag zur internationalen Bewältigung der weltweiten Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen.

Ein solches Defizit ist jedoch für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit ihren vielfältigen internationalen Zahlungsverpflichtungen trotz relativ hoher Währungsreserven nur vorübergehend hinzunehmen. Sowohl um das Defizit nachhaltig zu verringern als auch um die zwischenzeitliche marktmäßige Finanzierung über die Kapitalmärkte zu sichern — ein Einsatz von Währungsreserven ist nur in begrenztem Umfang möglich —, sind deshalb im Inland erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Strukturanpassung erforderlich. Diese sind nicht zuletzt auch deshalb dringlich, um die Deutsche Bundesbank möglichst bald aus dem in den letzten Monaten deutlich gewordenen Dilemma zwischen außen- und binnenwirtschaftlicher Orientierung zu befreien.

Importbeschränkungen, spezielle Exportförderungsmaßnahmen, andere Handelshemmnisse oder eine Beschränkung des freien Auslandsreiseverkehrs sieht die Bundesregierung als untaugliche und schädliche Mittel für den Abbau des Leistungsbilanzdefizits an. Solche Maßnahmen wären nur ein Kurieren am Symptom, sie würden zudem die Funktionsfähigkeit des Weltwirtschaftssystems beeinträchtigen, vor allem zu Lasten schwächerer Wirtschaftspartner gehen und notwendige Strukturanpassungen an die veränderten Außenwirtschaftsverhältnisse verzögern.

Die Bundesregierung sieht dagegen den entscheidenden Ansatz in der schrittweisen Beseitigung der eigentlichen Ursachen des Leistungsbilanzdefizits. Zu diesem Zweck sind vor allem die Energieeinfuhren durch konsequente Verfolgung der bereits eingeleiteten Politik der Energieeinsparung und -substitution weiter zu reduzieren. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muß erhalten und gestärkt werden, indem

- a) die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit erhalten und verbessert werden, um die Anpassung an die veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten zu erleichtern,
- b) der Kostenanstieg durch Preis- und Lohnentscheidungen, die sich an den veränderten Verteilungsmöglichkeiten im Inland orientieren, begrenzt wird,
- c) alle Möglichkeiten der Leistungsverbesserung und Spezialisierung in der Industrie genutzt werden,
- d) durch eine höhere Innovationsbereitschaft rationellere Produktionsverfahren verwirklicht und neue Märkte erschlossen werden.

Dies erfordert eine Politik, die den Strukturwandel fördert (vgl. Ziffer 38 ff. dieses Berichts).

Arbeitsmarktpolitik

17. Trotz weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten vier Jahren um rd. 900 000 gestiegen. Die Arbeitsmarktpolitik hat dazu einen spürbaren Beitrag geleistet. Neben den Instrumenten des Arbeitsförderungsgesetzes sind hier die gezielten Sonderprogramme zu nennen.

Angesichts der neuen, von der gesamtwirtschaftlichen Schwäche her drohenden Schwierigkeiten für den Arbeitsmarkt gilt es auch 1981, das durch die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz wirksamer gestaltete arbeitsmarktpolitische Instrumentarium weiter voll zu nutzen. Neben der Förderung der beruflichen Mobilität kommt dabei den Bemühungen zur Wiedereingliederung der Problemgruppen des Arbeitsmarktes hohe Priorität zu. Vor allem müssen auch alle Möglichkeiten der Beschäftigungspolitik genutzt werden, um ein besonderes Ansteigen der Frauenarbeitslosigkeit zu verhindern; erhöhte Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt dürfen nicht einseitig zu Lasten der Frauen gehen.

Die Beschäftigungsentwicklung im ersten Halbjahr 1981 hängt nicht zuletzt von dem Verhalten der einzelnen Unternehmer und Arbeitnehmer ab. Alle Beteiligten sollten sich bemühen, durch gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der auch mit einer vorübergehenden Wachstumspause verbundenen Beschäftigungsprobleme beizutragen. Bei vorübergehenden Produktionseinschränkungen sollte z. B. zunächst überlegt werden, ob der Arbeitsausfall mit Kurzarbeit überbrückt werden kann. Darüber hinaus könnten Betriebe diese Zeitspanne verstärkt dazu nutzen, die Qualifikation ihrer Belegschaft durch Bildungsmaßnahmen zu verbessern; auf längere Sicht würde das ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Arbeitsplätze zugleich sicherer machen.

Die derzeitige wirtschaftliche Situation darf die Unternehmen nicht dazu verleiten, die erfreulich gestiegene Ausbildungsbereitschaft zu vermindern. Die Bundesregierung appelliert deshalb an die öf-

fentlichen und privaten Arbeitgeber, auch in den nächsten Jahren für die geburtenstarken Jahrgänge genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Der unvermindert anhaltende Nachzug von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Im Rahmen ihrer Integrationsbemühungen hält es die Bundesregierung für notwendig, daß auch den jugendlichen Ausländern faire Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt werden. Seit dem 1. Juni 1980 haben daher jugendliche Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer die gleichen Zugangsrechte zum Arbeitsmarkt wie deutsche Staatsbürger, sofern sie einen deutschen Schul- oder Berufsabschluß vorweisen können oder an einem zehnmönatigen Kursus zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung teilgenommen haben. Für die übrigen Familienangehörigen sind außerdem erhebliche Zugangserleichterungen in Kraft gesetzt worden. Allerdings sind die vielfältigen Probleme der sozialen und beruflichen Integration der Ausländer nur zu bewältigen, wenn gleichzeitig der Anwerbestop für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten uneingeschränkt beibehalten wird.

Preis- und einkommenspolitisches Verhalten

18. Die Einkommensverteilung hat sich im Laufe des vergangenen Jahres teilweise anders entwickelt als zu Jahresbeginn angenommen worden war. Das geringere Produktionswachstum hat zu einem starken Anstieg der Lohnstückkosten geführt und zusammen mit der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Austauschrelationen sowie höherer Zinsbelastung bei gleichzeitig kleiner gewordenem Preiserhöhungsspielraum im Inland die Ertragsentwicklung der Unternehmen eingeengt. Vor allem im Hinblick auf die für Wachstum und Beschäftigung notwendige Investitionstätigkeit ist es wichtig, daß sich dieser Prozeß im Jahre 1981 nicht fortsetzt.

Mit diesem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1981 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405a Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß Unternehmer und Tarifvertragsparteien bei ihren autonomen preis- und lohnpolitischen Entscheidungen ihre Mitverantwortung für die weitere Entwicklung von Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität erkennen. Die zu erwartende Verringerung des Verbraucherpreisauftriebs sowie die nach wie vor drohenden außenwirtschaftlichen Gefahren sollten situationsgerechte preis- und lohnpolitische Entscheidungen aller Beteiligten erleichtern.

II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik

19. Gegen die von der zweiten Ölpreisexplosion ausgelöste weltweite Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit und den damit verbundenen An-

stieg der Arbeitslosigkeit gibt es angesichts noch immer hoher Inflationsraten und erheblicher außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte keine einfachen wirtschaftspolitischen Rezepte. In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, daß traditionelle Maßnahmen der Nachfragepolitik keine nachhaltigen Erfolge versprechen, daß sie vielfach an finanzielle Grenzen stoßen und daß sie die Bemühungen um mehr Preisniveaustabilität gefährden. Weltweit ist deshalb — wie insbesondere die Politik vieler Industriestaaten zeigte — die Bereitschaft gewachsen, durch energische stabilitätspolitische Anstrengungen und eine positive Anpassungspolitik die Hemmnisse für den Strukturwandel abzubauen und ganz allgemein die Investitionsbereitschaft zu fördern. Die Bundesregierung hat den Weg einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik schon sehr früh beschritten. Dies kommt in einer gegenüber den meisten Industrieländern vergleichsweise günstigeren Wirtschaftsposition der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck.

Die Bundesregierung mißt einer engen internationalen Abstimmung bei diesem Vorgehen erhebliche Bedeutung bei. Sie unterstützt deshalb die internationalen Bemühungen um eine bessere Koordinierung dieser Politik.

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

20. Auch die Europäische Gemeinschaft (EG) erlebt gegenwärtig — als Folge der zweiten Ölpreisexplosion — wirtschaftliche Belastungsproben, die wegen der derzeitigen konjunkturellen Verlangsamung in allen Mitgliedstaaten zunächst eher noch zunehmen dürften. Die Neigung zu wachsender administrativer Regulierung von Märkten und verstärkten Tendenzen zu mehr Subventionen und protektionistischen Eingriffen sind zunehmend spürbar. Gleichzeitig stößt die Finanzierung des bisher stark expandierenden Gemeinschaftshaushalts an Grenzen. Der Rahmen der Eigenmittel der Gemeinschaft ist fast ausgeschöpft. Die Bundesregierung hält es deshalb nicht für vertretbar, notwendige Anpassungen hinauszuschieben. Insbesondere die europäische Agrarpolitik bedarf einer gründlichen Überprüfung. Gleichzeitig muß die strukturelle Anpassungsfähigkeit wichtiger Branchen verbessert werden.

Die Bundesregierung geht in Übereinstimmung mit der EG-Kommission davon aus, daß es im Verlauf des Jahres zu einer allmählichen wirtschaftlichen Belebung kommt, die in der Gemeinschaft auch eine gewisse Entlastung bei den Beschäftigungsproblemen mit sich bringt.

21. Das Europäische Währungssystem (EWS) hat sich bisher als eine Zone stabiler Währungsrelationen in Europa erwiesen. Der Europäische Rat hat am 1./2. Dezember 1980 seine Entschlossenheit bekräftigt, „das Europäische Währungssystem weiter zu stärken, bis es im geeigneten Augenblick in die institutionelle Phase übergehen kann“. Die ursprünglich auf zwei Jahre begrenzte Übergangszeit

soll verlängert werden, um für die vielschichtigen Probleme im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des EWS zu einem endgültigen System eine optimale Lösung zu finden. Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit ihren Partnern darum bemühen, die Zeit bis zum institutionellen Ausbau des EWS für eine fortschreitende Verbesserung der währungspolitischen Zusammenarbeit und für eine Stärkung der Rolle der neuen europäischen Währungsunion, des ECU, zu nutzen.

22. Die ölpreisbedingten Zahlungsbilanzdefizite in der Gemeinschaft werfen längerfristige Finanzierungsprobleme auf, die eventuell nicht von allen Mitgliedstaaten aus eigener Kraft gelöst werden können. Die Bundesregierung unterstützt daher die Absicht der Gemeinschaft, durch eine Anpassung des Instruments der Gemeinschaftsanleihen für Zahlungsbilanzzwecke die Rückschleusung von Ölgeldern in die Mitgliedstaaten zu erleichtern. Der EG-Ministerrat wird alsbald eine Aufstockung des Anleihevolumens beschließen. Die Darlehensvergabe setzt voraus, daß der Kreditnehmer ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm vorlegt und sich zur Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen verpflichtet. Die Bindung der Zahlungsbilanzkredite aus Gemeinschaftsanleihen an wirtschaftspolitische Auflagen ist geeignet, den realen Anpassungsprozeß im Schuldnerland zu unterstützen und damit auch die wirtschaftliche Konvergenz in der Gemeinschaft zu fördern.

Internationale Währungspolitik

23. Die Finanzierung der nach 1979 stark gestiegenen Leistungsbilanzungleichgewichte stellt — bis zum Wirksamwerden der notwendigen realen Anpassungsvorgänge — vor allem im weltweiten Rahmen eine schwierige Aufgabe dar.

Unbestritten ist, daß die internationalen Finanzmärkte weiterhin einen bedeutenden Teil des Rückschleusens der finanziellen Überschüsse aus den Ölausfuhrländern in die Öleinfuhrländer übernehmen müssen. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß die Transparenz der internationalen Bankgeschäfte und die Bankaufsicht, wo notwendig, mit dem Ziel der Risikobegrenzung verbessert werden. Sie beabsichtigt, für die Bundesrepublik Deutschland durch eine Novelle zum Kreditwesengesetz die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Hierbei geht es nicht darum, den Spielraum der Finanzmärkte für eine angemessene und erwünschte Zunahme des Geschäftsumfangs zu beschränken. Ziel ist vielmehr, die Funktionsfähigkeit und Stabilität dieser Märkte zu stärken.

24. Die wachsende Rolle, die internationale Finanzierungsinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) beim Rückschleusen der Ölgelder spielen sollen, verdient Unterstützung. Dank der wirtschaftspolitischen Bedingungen, unter denen er seine Kredite gewährt, ist gerade der IWF in der Lage, auf die richtige Mischung von Finanzierung und Anpassung der Leistungsbilanzungleichgewichte hinzuwirken.

Daher wird es noch wichtiger, daß der währungspolitische Charakter des IWF erhalten bleibt. Entwicklungshilfe ist nicht Sache des IWF; dies schließt nicht aus, daß der IWF bei der Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten von Entwicklungsländern im Rahmen seiner Zuständigkeit deren wirtschaftliche und soziale Probleme berücksichtigt. Die Bundesregierung wird auch beim Nord-Süd-Dialog in den Vereinten Nationen (VN) weiterhin dafür eintreten, daß die Zuständigkeit und Unabhängigkeit der Sonderorganisationen der VN, besonders des IWF, gewahrt bleiben. Verhandlungen und Entscheidungen über Währungsfragen gehören in den Zuständigkeitsbereich des IWF.

Einen Beitrag zum Rückschleusen muß auch die Weltbankgruppe leisten. Die Bundesrepublik Deutschland wird entsprechend ihrem Kapitalanteil zu der beschlossenen Verdoppelung des Weltbankkapitals beitragen. Ferner wird sie sich an der geplanten sechsten Auffüllung der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA VI) beteiligen. Im Vorgriff auf IDA VI nimmt die Bundesregierung an einer finanziellen Überbrückungsmaßnahme teil.

25. Die Finanzierung der vor allem durch den Ölpreisanstieg stark erhöhten Leistungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer kann heute nicht mehr allein durch die Industrieländer gesichert werden. Wesentlich ist, daß auch andere Ländergruppen, besonders die Ölausfuhrländer, ihrer Mitverantwortung gerecht werden, indem sie ihre Entwicklungshilfe weiter erhöhen und ihre Überschüsse in den Entwicklungsländern unmittelbar oder mittelbar über internationale Finanzierungsinstitutionen wie den IWF und die Weltbank anlegen.

Außenwirtschaftspolitik

26. Fortbestehende Leistungsbilanzprobleme und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern haben weltweit die Neigung zu protektionistischen Maßnahmen erhöht. Für deren Bekämpfung tragen nach Ansicht der Bundesregierung vor allem die drei wichtigsten Welthandelspartner, die USA, Japan und die EG, eine besondere Verantwortung. Sie müssen deshalb die handelspolitischen Erklärungen des OECD-Ministerrats sowie des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig konsequent einhalten.

27. Wichtiges internationales Orientierungsdatum für die Handelspolitik der 80er Jahre sind die Ergebnisse der Tokio-Runde im GATT. Die Einzelergebnisse sind mittlerweile von nahezu 50 Ländern teilweise oder insgesamt unterzeichnet worden. Die Bundesregierung setzt sich innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft für eine schnelle und uneingeschränkte Durchführung der Beschlüsse der Tokio-Runde ein. Das wachsende Interesse der Entwicklungsländer an den Arbeiten des GATT und ihre zunehmende Beteiligung an den verschiedenen Abkommen zur Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse bedeuten eine nachhaltige Stärkung dieser Institution.

Ende 1980 wurden im GATT die Erörterungen über die Zukunft des Welttextilabkommens (WTA) formell eröffnet. Die meisten Mitgliedstaaten des WTA tendieren zu einer Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit in der Textilhandelspolitik. Die Bundesregierung tritt ebenfalls für eine Verlängerung des WTA ein, sofern damit ein fairer Interessenausgleich zwischen Industrie und Entwicklungsländern erreicht wird. Ohne einen solchen Ausgleich käme es aller Voraussicht nach zu einer Vielzahl nationaler Schutz- und Retorsionsmaßnahmen, die die Nord-Süd-Beziehungen und den Welthandel insgesamt vor eine ernste Belastungsprobe stellen würden.

28. In den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Industrieländern nimmt Japan wegen seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit in einigen Bereichen eine besondere Stellung ein. Die damit verbundenen Probleme erfordern offensive und nicht defensive Lösungen. Insbesondere gilt es, auf die japanische Herausforderung mit einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu antworten. Die deutsche Wirtschaft ist hier vorrangig selbst gefordert. Gleichzeitig wäre es hilfreich, wenn Japan in der Übergangsphase bis zur notwendigen vollen Öffnung der japanischen Märkte eine „Politik des Augenmaßes“ beim Export betreiben würde. Selbstbeschränkungsabkommen auf Regierungsebene oder entsprechende internationale Kartellabsprachen von Unternehmen lehnt die Bundesregierung jedoch als Lösung von Wettbewerbsproblemen ab.

29. Die Bundesregierung bekräftigt erneut, daß sie die weitere Integration der Entwicklungsländer in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen als eine der wichtigsten außenwirtschaftlichen Aufgaben ansieht. Den Allgemeinen Zollpräferenzen der EG für diese Länder mißt sie dabei auch weiterhin eine maßgebliche Rolle zu.

Die privaten Direktinvestitionen haben für die Förderung des Industrialisierungsprozesses in den Entwicklungsländern erhebliches Gewicht. Daher setzt die Bundesregierung ihre Bestrebungen zum Abschluß bilateraler Investitionsförderungsverträge fort. Auch multilateral tritt sie nachhaltig für die Sicherheit und Transparenz der Investitionsbedingungen ein.

30. Mit den verschiedenen Ländergruppen der Dritten Welt sollen die Wirtschaftsbeziehungen weiter vertieft werden. Diesem Ziel dienen das am 1. Januar 1981 in Kraft getretene zweite Lomé-Abkommen der EG und ihrer Mitgliedstaaten mit 60 Entwicklungsländern, der Beitritt von Simbabwe zu diesem Abkommen, das Abkommen über wirtschaftliche Kooperation mit den ASEAN-Staaten und Brasilien sowie die Verhandlungen mit Indien und den Andenpakt-Staaten. Im Europäisch-Arabischen Dialog geht es um eine Intensivierung der industriellen Kooperation und des Technologietransfers.

31. Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an der multilateralen Stützung zugunsten der Türkei; sie

ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Beteiligung an einer weiteren Aktion grundsätzlich bereit.

32. Der Nord-Süd-Dialog soll zu intensiveren ökonomischen und politischen Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt beitragen. Die Bundesregierung sieht in ihm eine Chance für Industrie- und Entwicklungsländer, gemeinsam die Voraussetzungen für die Verbesserung der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zu schaffen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß eine sich fortentwickelnde Weltwirtschaft auf Partnerschaft und gemeinsamer Verantwortung aller Länder und Ländergruppen gegründet sein muß. Dabei stellen die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer einen wichtigen Baustein dar.

Die Bundesregierung mißt den vorgesehenen globalen Verhandlungen große Bedeutung bei und hält es für notwendig, daß dabei auch die für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und vieler Entwicklungsländer wichtige Energiefrage behandelt wird.

33. Bei den internationalen Verhandlungen und Beratungen über einzelne Rohstoffe und über den Gemeinsamen Fonds im Rahmen des Integrierten Rohstoffprogramms der Welthandelskonferenz (UNCTAD) hat sich die Bundesregierung für marktkonforme Lösungen zur Verbesserung der Struktur der internationalen Rohstoffmärkte eingesetzt. Nachdem im Juni 1980 Einigung über den Abschluß eines Internationalen Übereinkommens über den Gemeinsamen Fonds erzielt wurde, befaßt sich nun ein internationaler Vorbereitungsausschuß mit dem Aufbau des Fonds. Der Fonds wird voraussichtlich im Jahre 1982 seine Tätigkeit aufnehmen. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen wird vorbereitet. Die Bemühungen um ein internationales System zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse für Entwicklungsländer werden fortgesetzt.

34. Die Bundesregierung unterstützt die Diversifizierung der Rohstoffversorgung und strebt deshalb die Intensivierung ihrer guten Beziehungen zu wichtigen Bergbauländern wie Australien und Kanada an. Für die Sicherung und Verbesserung der Versorgung setzt sie zudem insbesondere das Explorationsförderungsprogramm und das außenwirtschaftliche Gewährleistungsinstrumentarium ein.

35. Der Abschluß der 3. VN-Seerechtskonferenz in diesem Jahr ist noch ungewiß. Die 9. Session hat erhebliche Fortschritte in den noch offenen Fragen des internationalen Meeresbodenregimes gebracht. Die Bundesregierung wird sich weiterhin für marktwirtschaftliche Lösungen und Regelungen einsetzen, die allen Staaten und Unternehmen den Zugang zum Tiefseebergbau ermöglichen. Sie geht dabei davon aus, daß die im Jahre 1980 in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedeten Interimsgesetze zum Tiefseebergbau solche Lösungen fördern werden.

36. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den Staatshandelsländern dürften zwar angesichts des Wirtschaftspotentials und des Interesses beider Seiten grundsätzlich weitere Expansionsmöglichkeiten bieten. Eine Verstärkung des Wirtschaftsverkehrs setzt jedoch ausreichende Finanzkraft und ein wesentlich breiteres Warenangebot der Staatshandelsländer wie andererseits auch eine angemessene Aufnahmebereitschaft des EG-Marktes voraus. Die Bundesregierung wird ihre Osthandelspolitik in Übereinstimmung mit ihren Bündnisverpflichtungen fortsetzen.

Die beginnende Öffnung des chinesischen Marktes verfolgt die Bundesregierung mit großer Aufmerksamkeit.

37. Bei den internationalen Verhandlungen über Exportkreditversicherungssysteme im Rahmen des OECD-Konsensus strebt die Bundesregierung insbesondere eine Anpassung der Mindestzinsen an die veränderte Marktlage an. Ziel einer Neuregelung der Mindestzinsen ist der Abbau der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen und eine Einengung der Subventionsspielräume im Bereich der Exportfinanzierung, insbesondere durch eine Anhebung der Mindestzinssätze.

III. Ordnungs- und Strukturpolitik

Politik zur Förderung des Strukturwandels

38. Zu Beginn der achtziger Jahre befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in einem schwierigen strukturellen Anpassungsprozeß. Die Verteuerung des Mineralöls, der wachsende Wettbewerb von fortgeschrittenen Entwicklungsländern und Industrieländern, insbesondere Japan, sowie der anhaltende technologische Wandel stellen die Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Für die Position der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb sind die Entwicklung von Kosten und Preisen im Vergleich zu den anderen Welthandelsländern sowie die Wechselkurse von erheblicher Bedeutung. Der internationale Vergleich der Indikatoren für die Kosten- und Preisentwicklung unter Berücksichtigung der Wechselkurse ergibt — wie auch der Sachverständigenrat feststellt (vgl. JG 1980, Ziffer 166) — keine eindeutige Aussage über eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings kommt der Sachverständigenrat aufgrund seiner Analyse zu dem Schluß, daß die ausländischen Wettbewerber in den vergangenen Jahren ihre Wettbewerbssituation gegenüber den deutschen Unternehmen im allgemeinen insofern verbessern konnten, als die Erlös-Kosten-Relation sich zu ihren Gunsten verschoben hat. Außerdem weist er zu Recht darauf hin, daß hinter dem globalen Bild erhebliche regionale und sektorale Unterschiede stehen. Darüber hinaus muß bei der Beurteilung der Wettbewerbsposition auch die Entwicklung anderer

Wettbewerbsfaktoren wie Lieferfähigkeit, Angebotssortiment, Produktqualität und Service, die statistisch kaum erfaßbar sind, beachtet werden.

Nach Auffassung der Bundesregierung reicht zudem eine Erhaltung der Wettbewerbsposition allein nicht aus. Zum Ausgleich der Leistungsbilanz ist vielmehr in den nächsten Jahren eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erforderlich. Darüber hinaus muß die Zahlungsbilanzbelastung aus der Ölrechnung, insbesondere durch verminderten Energieverbrauch und den Einsatz von Alternativenergien, in Grenzen gehalten werden.

Die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken, erfordert vor allem höhere Investitionen. Dies bedeutet, daß künftig die Zuwachsraten der Investitionen der Wirtschaft über der des Konsums liegen muß. Die unausweichliche Anpassung der Wirtschaft an die veränderten weltwirtschaftlichen Marktbedingungen muß von den Marktteilnehmern geleistet werden. Insbesondere gilt es, die Produktivität und Kostenstruktur der deutschen Wirtschaft zu verbessern. Die Unternehmen müssen durch verstärkte Investitionen neue Technologien und Produkte einführen sowie neue Märkte erschließen. Von den Arbeitnehmern verlangt das eine hohe Bereitschaft zur beruflichen Mobilität, zur Fortbildung und zum Umgang mit neuen Produktionstechniken.

Diese Anpassung zu bewältigen, ist in erster Linie die Aufgabe der Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik soll ihrerseits den Strukturwandel erleichtern und durch Anpassung der Rahmenbedingungen an die sich ändernden binnen- und weltwirtschaftlichen Gegebenheiten und durch allgemeine Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital fördern. Vor allem ist es erforderlich, bestehende Hemmnisse für Investitionen und Innovationen sowie Hindernisse für den Strukturwandel soweit wie möglich abzubauen. Auch die staatliche Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation soll der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dienen.

Die Bundesregierung hält defensive Strategien zur Abwehr ausländischer Einfuhren nicht für vertretbar. Protektionistische Maßnahmen können schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil wichtige Wirtschaftsbereiche nahezu die Hälfte ihrer Produktion exportieren. Vermehrte Importe können zwar Anpassungsprobleme in einzelnen Wirtschaftszweigen hervorrufen; auf der anderen Seite erhöht sich z. B. durch die zunehmende Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft auch die Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für deutsche Erzeugnisse. Dieser Strukturwandel kommt daher nicht nur den Entwicklungsländern zugute, sondern führt auch zu einem effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Analysen einzelner Forschungsinstitute verdeutlichen zudem, daß Arbeitsplatzverluste in einigen Branchen aufgrund von Einfuhren aus Entwicklungsländern durch positive Beschäftigungswirkungen in anderen Wirtschaftsbereichen infolge ver-

mehrter Exporte in diese Länder zumindest ausgeglichen, wahrscheinlich sogar übertroffen werden. Die deutsche Investitionsgüterwirtschaft, insbesondere der Maschinenbau, hat am stärksten von dem Beschäftigungszuwachs profitiert.

39. Die Förderung des Strukturwandels erfordert auch die Überprüfung von Subventionen im Hinblick darauf, ob sie geeignet sind, notwendige Anpassungsprozesse zu erleichtern. In die Überprüfung müssen alle finanziellen Förderungsmaßnahmen zugunsten von Unternehmen einbezogen werden. Die Bundesregierung hat bereits wichtige Beschlüsse zum Abbau insbesondere solcher Subventionen gefaßt, die einen Anreiz für erhöhten Energieverbrauch gegeben haben.

40. Wirtschaftliche Strukturprobleme lassen sich am ehesten mit Hilfe der vom Markt ausgehenden Signale lösen. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind Wettbewerb und freie Preisbildung. Sie gewährleisten, daß Anpassungsprozesse effizient ablaufen, und verbessern damit die Chancen für Wachstum und Beschäftigung.

Allerdings kann in Industriegesellschaften der Staat nicht darauf verzichten, zur Verfolgung nichtwirtschaftlicher Ziele Einfluß auf die Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu nehmen. Die Wirtschaftspolitik muß jedoch den Regelungsbedarf in jedem Einzelfall abwägen und bestehende Regelungen daraufhin überprüfen, ob sie unerlässlich sind und welche Wirkungen von ihnen auf den Marktprozeß ausgehen. Die Bundesregierung wird sich darum bemühen, daß die von ihr gestalteten Rahmenbedingungen überschaubar, verlässlich und kalkulierbar sind.

Strukturberichterstattung

41. Zum Jahresende 1980 haben die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute auftragsgemäß die ersten Strukturberichte übergeben. Die Strukturberichte enthalten eine eingehende und umfassende Analyse der Strukturentwicklung der deutschen Wirtschaft in den vergangenen zwanzig Jahren. Die Haupteinflussfaktoren wie der technologische Fortschritt, Arbeitsmarktgesichtspunkte, die außenwirtschaftliche Verflechtung sowie die Energie- und Rohstoffverteuerung sind dabei besonders berücksichtigt worden. Darüber hinaus haben sich einzelne Institute schwerpunktmäßig mit den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von staatlichen Interventionen und Subventionen in einzelnen Bereichen befaßt. Die von den Instituten in diesem Zusammenhang geäußerten kritischen Anregungen werden von der Bundesregierung ausgewertet. Zu den Strukturberichten wird die Bundesregierung im Frühjahr 1981 gesondert Stellung nehmen. Diese Stellungnahme wird dem Bundestag zugeleitet werden. Die Strukturberichte werden auch mit den Ländern und den Verbänden der Wirtschaft sowie den Gewerkschaften erörtert werden.

Für die Fortführung der Strukturberichterstattung nach 1980 geht die Bundesregierung von folgenden Grundsätzen aus:

- a) Die beteiligten fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sollen auch in der neuen Legislaturperiode gesamtwirtschaftlich konsistente Strukturforschung unter Wahrung der Methodenvielfalt im Wettbewerb miteinander betreiben.
- b) Die Schwerpunkte der Strukturberichterstattung sollen auch künftig bei der Ermittlung der Ursachen des Strukturwandels, der Darstellung der Wechselwirkungen zwischen strukturellen Veränderungen und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung, der Herausarbeitung von Entwicklungslinien des Strukturwandels in der Vergangenheit und der Analyse der Auswirkungen staatlicher Interventionen, insbesondere von Subventionen, auf Gesamtwirtschaft und Strukturwandel liegen.
- c) Die bisherigen Grundsätze (Erstellung der Berichte im Wettbewerb, gesamtwirtschaftliche Konsistenz der Strukturanalysen, Gliederungstiefe von etwa 60 Sektoren, Methodenpluralismus und -transparenz) sollen beibehalten werden.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen die Institute im Jahre 1983 die nächsten Strukturberichte vorlegen. Zur Kostensenkung ist eine Straffung des Projekts beabsichtigt.

Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik

42. Mit der am 1. Mai 1980 in Kraft getretenen 4. Kartellgesetznovelle (BGBl. I. 458) kann wettbewerbschädlicher Unternehmenskonzentration und dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht wirksamer als bisher begegnet werden. Die Neuregelungen zielen insbesondere darauf ab, die Marktchancen kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern und damit die Märkte insgesamt offen und flexibel für Such- und Anpassungsprozesse zu halten. In diesem Sinne ist die entschiedene Anwendung des neuen kartellrechtlichen Instrumentariums eine wichtige wettbewerbspolitische Aufgabe. Aber auch in Bereichen, in denen Unternehmen der öffentlichen Hand, die nicht dem Kartellrecht unterliegen, auf den Märkten tätig sind oder werden, wird die Bundesregierung mit Mitteln der Wettbewerbspolitik darauf hinwirken, daß wettbewerbschädigende Wirkungen unterbleiben.

Die wettbewerbs- und verbraucherpolitischen Rahmenbedingungen sollen auch durch eine Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb weiter verbessert werden. Diese Änderung soll insbesondere die Rechtsposition des Verbrauchers verstärken.

Ebenso wie im nationalen Bereich wird sich die Bundesregierung auch auf internationaler Ebene weiterhin aktiv für die Durchsetzung von Wettbewerbsprinzipien einsetzen. Der im April 1980 durch eine Konferenz der Vereinten Nationen verabschiedete Kodex gegen Wettbewerbsbeschränkungen im in-

ternationalen Handel stellt einen ersten begrüßenswerten Ansatz für eine Kontrolle internationaler Kartellabsprachen und von Machtmißbräuchen durch Unternehmen im Welthandel dar. Internationale Kartellabsprachen, z. B. auch im Rahmen von privatwirtschaftlichen Selbstbeschränkungsabkommen, würden dieser Haltung widersprechen und werden daher von der Bundesregierung abgelehnt.

43. Wirtschaftspolitik muß immer auch Politik für den Verbraucher sein. Verbraucherpolitik im engeren Sinne will verhindern, daß den Verbrauchern bei der Teilnahme am wirtschaftlichen Geschehen Nachteile entstehen, die sie aus eigener Kraft nicht abzuwenden vermögen. Verbraucherpolitik hat daher nicht nur ökonomische, sondern auch rechts-, ernährungs- und gesundheitspolitische Bezüge.

Die Verbraucherpolitik der Bundesregierung setzt an bei der Hilfe zur Bereitstellung von anbieterunabhängigen Verbraucherinformationen. Soweit, wie etwa auf ernährungs- und gesundheitspolitischem Gebiet, Verbraucheraufklärung und Information nicht ausreichen, um für die Verbraucher Nachteile abzuwenden, wird der Staat auch weiterhin, beispielsweise durch Sicherheitsvorschriften, vorbeugende Rahmenbedingungen setzen müssen.

Mittelstandspolitik

44. Die Bundesregierung ist sich der hervorragenden Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft und der freien Berufe für die weitere Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung bewußt. Dies gilt insbesondere in einer Wirtschaftssituation, in der es vor allem auf die Steigerung der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft ankommt. Deshalb wird sich die Bundesregierung weiterhin bemühen, günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft sicherzustellen. Die Fähigkeit der Wirtschaftsunternehmen, auf neue Herausforderungen an den Märkten rasch und wirkungsvoll antworten zu können und die Widerstandskraft in Krisenzeiten, hängen nicht zuletzt von einer ausreichenden Eigenkapitalausstattung ab. Aus diesem Grund wird die Bundesregierung zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen auch weiterhin einen erleichterten Zugang zu Kapital- und Kreditmärkten anstreben.

Die Bundesregierung wird auch künftig die Gründung neuer selbständiger Existenzen fördern. Dabei wird sie sich bemühen, die Wirksamkeit ihrer Fördermaßnahmen weiter zu steigern. Im Laufe des Jahres sollen auch die Vergabekriterien des Eigenkapitalhilfeprogramms überprüft werden. Darüber hinaus werden die bewährten Maßnahmen der Gewerbeförderung für bestehende Unternehmen wegen ihrer leistungssteigernden Wirkungen fortgeführt.

45. Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung auch weiterhin der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation in kleinen und mittlere-

ren Unternehmen bei. Trotz notwendiger Einsparungen an verschiedenen Stellen des Bundeshaushalts sollen die Zuwendungen für Forschung und Entwicklung dieser Unternehmen 1981 gegenüber dem Vorjahr effektiv gesteigert werden. Die indirekte Forschungsförderung wird zur Unterstützung breit angelegter und flexibler Forschungs- und Innovationsanstrengungen der mittelständischen Wirtschaft weiter gestärkt. Daneben sollen die Bemühungen zur Intensivierung des Technologietransfers forciert werden. Vorhandene Ansätze zur Förderung des Technologietransfers zwischen Hochschulen, Fachhochschulen und anderen Forschungseinrichtungen einerseits und der Wirtschaft, vor allem kleinen und mittleren Unternehmen, andererseits sollen verbessert und wirksamer gestaltet werden.

46. Gerade der gewerbliche und freiberufliche Mittelstand besitzt eine hohe Sensibilität gegenüber administrativen Belastungen und bürokratischen Hemmnissen. Staatliche Regelungen müssen deshalb auch mögliche Auswirkungen für die Unternehmensgrößenstruktur und Belastungswirkungen für mittelständische Wirtschaft und freie Berufe berücksichtigen. Darüber hinaus ist insbesondere zu prüfen, inwieweit Wettbewerbsverzerrungen zwischen mittelständischer Wirtschaft und staatlichen sowie halbstaatlichen Unternehmen abgebaut werden können.

Berufliche Bildung

47. Eine hohe Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft, die zu einer weiteren Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes führte und sich 1980 in einem globalen Überschuß von rd. 28 000 Ausbildungsplätzen ausdrückte, ist auch im laufenden Jahr erforderlich, damit jeder Jugendliche eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten kann und noch vorhandene sektorale und regionale Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsstellenmarkt weiter abgebaut werden. Eine Steigerung des Ausbildungsplatzangebots ist auch deshalb notwendig, um jungen Frauen und ausländischen Jugendlichen, für die noch nicht ausreichend viele Ausbildungsplätze verfügbar sind, ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Ausbildungsangebot zu eröffnen. Die verstärkte Ausbildung der jetzt die Schule verlassenden geburtenstarken Jahrgänge sollte die Wirtschaft als ein geeignetes Mittel ansehen, den auf Teilmärkten bestehenden Facharbeitermangel zu beseitigen.

Die Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen sowie die Maßnahmen der beruflichen Bildung im Rahmen der Gewerbeförderung und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden fortgesetzt. Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz ist vom Bundesverfassungsgericht aus verfahrensrechtlichen Gründen für nichtig erklärt worden. Die Bundesregierung hält es für notwendig, die Rechtsgrundlagen für die Berufsbildungsplanung und für den Berufsbildungsbericht sowie für das Bundesinstitut für Berufsbildung unverzüglich wiederherzustellen.

Strukturpolitik in einzelnen Sektoren

48. Den von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Produktionsquoten im Bereich der Stahlindustrie hat die Bundesregierung nur mit großen Bedenken zugestimmt. Eine entscheidende Rolle spielte dabei, daß der gemeinsame Stahlmarkt erhalten bleiben sollte, daß keine Mindestpreise und Einfuhrquoten eingeführt werden, daß der deutschen Stahlindustrie keine Sonderopfer auferlegt werden und daß die Maßnahme bis zum 30. Juni 1981 befristet wurde. Insbesondere auf Anregung der Bundesregierung soll im EG-Ministerrat rechtzeitig mit der Beratung darüber begonnen werden, wie die Umstrukturierung in der europäischen Stahlindustrie und der Abbau von Erhaltungssubventionen intensiviert werden kann. Nach Auffassung der Bundesregierung kann die Beschäftigung in der europäischen Stahlindustrie auf Dauer nur gesichert werden, wenn diese Industrie die notwendigen Anpassungsmaßnahmen ergreift, so daß sie international wettbewerbsfähig und von staatlichen Hilfen unabhängig wird.

49. Auch 1981 wird der Bund die Förderung im zivilen Flugzeugbau auf den Airbus konzentrieren. Das Programm wird von der solideren industriellen Grundlage profitieren, die die deutschen Airbuspartner MBB und VFW durch ihren Zusammenschluß geschaffen haben. Die Branche muß auf dieser Grundlage alle Möglichkeiten der Rationalisierung und der effizienteren Organisation ausschöpfen, da der Steuerzahler die hohe Belastung nicht auf Dauer tragen kann.

Energiepolitik

50. Die Risiken für die Energieversorgung besonders im Mineralölbereich sind im Jahre 1980 durch den Konflikt im Nahen Osten erneut deutlich geworden.

Vorrangige Aufgabe aller Beteiligten ist es daher, weiterhin durch konsequente Fortführung und Anpassung der energiewirtschaftlichen Maßnahmen an sich verändernde Bedingungen für eine ausreichende und zuverlässige Energieversorgung zu volkswirtschaftlich möglich günstigen Kosten zu sorgen, wobei umweltpolitische Aspekte angemessen zu berücksichtigen sind.

Die Bundesregierung wird 1981 ihre Energiepolitik im Hinblick auf die veränderten nationalen und weltweiten Entwicklungsperspektiven fortschreiben.

a) Die Verminderung des Ölanteils an der Energieversorgung erfordert — neben den Bemühungen um eine sparsamere und rationellere Energieverwendung — auch künftig verstärkte Anstrengungen zur Substitution von Mineralöl durch andere Energieträger. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf einen koordinierten Abbau in den Mitgliedstaaten noch bestehender

Subventionen zur Verbilligung des Mineralölverbrauchs drängen.

- b) Der Einsatz deutscher Steinkohle in der Stromerzeugung wurde durch die 1980 beschlossene, bis 1995 reichende Regelung sichergestellt. Für die Elektrizitätswirtschaft und die sonstigen Verbrauchsbereiche wurden für den erkennbaren Bedarf neue Kohleimportmöglichkeiten eröffnet. Die Bundesregierung wird ein Gesetz vorbereiten, das den, wenn auch nur noch geringen, Öleinsatz im Kraftwerksbereich zeitlich begrenzt; sie strebt auf längere Sicht auch eine Verminderung der Verbrennung von Gas in Kraftwerken an. Die Subventionierung der Kohle stößt an finanzwirtschaftliche Grenzen. Stahlindustrie und Steinkohlenbergbau müssen sich darauf einrichten, daß die Koks-kohle nicht mehr im bisherigen Umfang subventioniert werden kann. Zur Durchführung des Kohleveredelungsprogramms vom 30. Januar 1980 wird die Bundesregierung im Frühjahr dieses Jahres über Art und Umfang staatlicher Hilfen entscheiden.
- c) Die Bundesregierung tritt für einen begrenzten Ausbau der Kernenergie ein. Er stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung dar; außerdem werden dadurch die Ölabhängigkeit und damit das Leistungsbilanzdefizit vermindert sowie energie-kostengünstige Industriestandorte gesichert. Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern prüfen, wie die Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke ohne Einbuße an Sicherheit und Rechtsschutz beschleunigt werden können. Wichtig ist, daß die Verwirklichung des zwischen dem Bund und allen Ländern vereinbarten Entsorgungskonzeptes weiter vorangetrieben wird.
- d) Die Bundesregierung sieht in steigenden Erdgasbezügen auch künftig eine bedeutsame Diversifizierungsmöglichkeit der Energieversorgung. Sie verfolgt deshalb die Bemühungen der Industrie um neue Liefermengen und eine breitere Einfuhrbasis mit großem Interesse. Der Bezug von Flüssiggas wird für den Einsatz sowohl im Wärmemarkt als auch im Verkehrssektor eine wachsende Rolle spielen.
- e) Ein Schwerpunkt der Energiepolitik wird weiter auf der sparsamen und rationellen Energieverwendung liegen. Die Energiepreise und die sehr breit angelegte Politik der Energieeinsparung zeigen zunehmend Wirkung.

Die Bundesregierung erwartet insbesondere von der Industrie verstärkte Anstrengungen vor allem zur besseren Nutzung der Abwärme, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Ausbau der Fernwärme.

In vielen Städten besteht die Bereitschaft, die Heizenergieversorgung durch verstärkte Nutzung von Abwärme zu sichern. In einem Arbeitsprogramm „örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte“ sollen entsprechende Möglichkeiten erforscht und erprobt werden.

Die Bundesregierung hält ihr Angebot an die Länder aufrecht, gemeinsam ein Programm zum

Bau von Kohleheizkraftwerken und zum Ausbau der Fernwärme durchzuführen. Hierdurch kann ein wichtiger Beitrag zur Energieeinsparung, Substitution von Öl und zum Umweltschutz geleistet werden.

Das bestehende Maßnahmenbündel zur Unterstützung und Verbesserung des Marktmechanismus im Energieeinsparbereich wird 1981 ergänzt durch eine Verordnung zur verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung. Die Anforderungen der Verordnungen nach dem Energieeinspargesetz (WärmeschutzVO, HeizungsanlagenVO) werden in wirtschaftlich vertretbarem Ausmaß verschärft. Die Bundesregierung strebt an, zusammen mit den Ländern das bis 1982 laufende sog. 4,35 Mrd. DM-Programm zur Förderung heizenergiesparender Maßnahmen im Lichte der inzwischen erfolgten Energiepreisentwicklung, der technischen Entwicklung und der bisherigen Programmierung anzupassen. Die für energiesparende Maßnahmen im Gebäudebestand des Bundes vorgesehenen Mittel werden 1981 erheblich aufgestockt und mit rd. 100 Mio. DM jährlich fortgeschrieben. Die unabhängige Beratung zur rationalen Energieverwendung hat sich bewährt und soll weiterhin gefördert werden.

- f) Die politischen Risiken der Energieversorgung erfordern die Vervollständigung der Vorsorgemaßnahmen gegen Versorgungsstörungen, wobei die bei einem Test des Krisensystems der Internationalen Energieagentur (IEA) im Oktober/November 1980 gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt werden. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Bundesrohölreserve weiter aufzubauen. Auf der Grundlage des Energiesicherungsgesetzes wird sie vorsorglich Rahmenverordnungen und Verwaltungsvorschriften zur Benzin- und Heizölrationierung sowie Lastverteilungsverordnungen für die leitungsgebundenen Energien Gas und Elektrizität erlassen, die aber erst im Falle einer formell festzustellenden Krise angewendet würden.
- g) Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, der Internationalen Energieagentur und auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig erfolgreich für eine Verlagerung der bisher auf die Festlegung von quantitativen Zielgrößen gerichteten Diskussion auf eine mehr qualitativ orientierte Ausrichtung der Zusammenarbeit eingesetzt. Sie wird diese Politik, deren Ziel die langfristige Anpassung der Strukturen an die veränderten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist, fortsetzen.
- h) Die Bundesregierung sieht — neben der vorgesehenen Nord-Süd-Verhandlungsrunde — in der 1981 stattfindenden VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen einen wichtigen Beitrag zur Lösung der weltweiten Energieprobleme; sie beteiligt sich aktiv an deren Vorbereitung. Wie bisher wird sie sich auch für das Zustandekommen einer gesamteuropäischen Energiekonferenz im Rahmen der VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) einsetzen.

Umweltpolitik

51. Die Umweltpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, Umweltschäden von vornherein zu vermeiden. Mit knappen natürlichen Ressourcen ist sparsam umzugehen.

Mit der Erstellung eines wirksamen und flächendeckenden Umweltrechts hat der Bundesgesetzgeber die rechtlichen Grundlagen für den Abbau der Umweltverschmutzung geschaffen. In Zukunft wird es neben einem konsequenten Vollzug der geschaffenen Regelungen sowie der Schließung noch vorhandener Lücken darauf ankommen, die Entwicklung und den Einsatz neuer, umweltschonender Produktionsverfahren und Produkte noch stärker als bisher voranzutreiben, um die Umweltbelastungen soweit wie möglich unmittelbar an den Entstehungsquellen zu verhindern. Hierbei ist von Bedeutung, die Eigeninitiative der Wirtschaft zu stärken und fortdauernde Anreize zur umweltschonenden Umstrukturierung wirtschaftlicher Prozesse zu schaffen. Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt wurden auf Initiative der Bundesregierung die Abwasserabgabe eingeführt, die Geltungsdauer des § 7 d EStG verlängert und die Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Umweltschutzmaßnahmen nach dieser Vorschrift in wichtigen Punkten erweitert.

Zur Flankierung ihrer Umweltpolitik nach außen räumt die Bundesregierung der verstärkten Harmonisierung umweltpolitischer Anforderungen im internationalen und supranationalen Rahmen einen hohen Stellenwert ein.

Bei der Entwicklung und Durchführung energiepolitischer Maßnahmen sind wirtschafts- und umweltpolitische Aspekte zugleich zu beachten. Besondere Bedeutung kommt hier der Energieeinsparung zu, denn rationeller und sparsamer Umgang mit Energie ist auch ein wirksamer Beitrag zum Umweltschutz.

Regionale Strukturpolitik

52. Für 1981 ist eine umfassende Überprüfung der regionalen Strukturpolitik vorgesehen. Im Mittelpunkt dieser Überprüfung wird die Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf der Basis zeitnaher Arbeitsmarkt-, Einkommens- und Infrastrukturindikatoren stehen. Angestrebt wird eine spürbare Reduzierung der Fördergebiete, um durch eine stärkere räumliche und sachliche Konzentration der knappen Mittel die Effizienz der Regionalpolitik zu steigern. Das Zonenrandgebiet wird wie bisher auch in Zukunft bevorzugt gefördert, um seine wirtschaftlichen Nachteile aus der Teilung Deutschlands und aus seiner Randlage zu den Wirtschaftszentren der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen.

Im Bereich der EG-Regionalpolitik steht für 1981 die Revision der Fonds-Verordnung an.

Eine wesentliche Grundlage für die Neuformulierung der Förderungsgrundsätze wird der erste pe-

riodische Bericht über die Lage und Entwicklung der Regionen in der Gemeinschaft sein. Die Bundesregierung wird alle Tendenzen unterstützen, die darauf ausgerichtet sind,

- a) die Fondsmittel stärker auf die schwächsten Regionen zu konzentrieren,
- b) die Mitfinanzierungsbereiche abzugrenzen,
- c) die Organisation des Regionalfonds administrativ zu vereinfachen und die Mitverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten zu stärken.

Wirtschaftsförderung Berlin

53. Aufgrund der Anstrengungen von Staat und Wirtschaft hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin weiter gefestigt. Dazu haben das verbesserte Instrumentarium der Berlinförderung und die Bundeshilfe wesentlich beigetragen. Die Sicherung dieser Erfolge bedarf auch in Zukunft fortwährender Engagements, insbesondere der privaten Wirtschaft. Auch die Gespräche des Bundesministers für Wirtschaft mit den Berlin-Beauftragten der deutschen Industrie und die anderen Berlin-spezifischen

Aktivitäten des Bundesressorts dienen diesem Ziel. Trotz der schwieriger gewordenen Haushaltslage wird die Bundesregierung darauf bedacht sein, weiterhin zur Stärkung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität Berlins im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich beizutragen. Auch 1981 wird die Bundeshilfe für Berlin im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Bundes überproportional steigen.

Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

54. Das Wachstum des innerdeutschen Handels hat sich auch in 1980 weiter fortgesetzt, wobei sich Lieferungen und Bezüge in etwa gleichgewichtig entwickelten. Der Gesamtumsatz hat 11 Mrd. Verrechnungseinheiten deutlich überschritten.

Die Bundesregierung wünscht, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR auf der Grundlage der bestehenden Abkommen weiter ausgebaut und intensiviert werden. Dies muß natürlich im Einklang mit der Entwicklung der Gesamtbeziehungen bleiben.

C. Stellungnahme¹⁾ der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

55. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat am 20. November 1980 sein Jahresgutachten 1980/81 (JG) vorgelegt. Es trägt den Titel „Unter Anpassungszwang“. Die Bundesregierung dankt dem Rat für die intensive und engagierte Arbeit.

56. In seiner Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Jahr stellt der Rat fest, daß es in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Selbstverstärkung der Abschwächungstendenzen seit dem Frühjahr 1980 bislang nicht gekommen sei, weil die Unternehmen in dem Bemühen, sich auf die veränderten Marktbedingungen einzustellen, in ihrer Investitionsneigung nur wenig nachließen (Ziffer 46 JG). Die Bundesregierung teilt diese Sicht, ohne allerdings die vor allem in der derzeitigen weltweiten Wirtschaftsentwicklung liegenden Risiken zu übersehen. Hervorzuheben ist jedoch, daß der Rat für die Bundesrepublik Deutschland die Chance sieht, den notwendigen Umstellungsprozeß ohne eine gravierende Rezession zu bewältigen, weil nicht erst die Hypothek einer gescheiterten Wirtschaftspolitik abzutragen sei. Der Verzicht auf eine inflationäre Politik und die Initiativen der vergangenen Jahre zur Verbesserung der Angebotsbedingungen zahlten sich jetzt aus (Ziffer 276 JG).

57. Die grundlegende Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht nach Ansicht des Rates derzeit darin, der Wirtschaft die Rückkehr auf einen mittelfristigen Wachstumspfad zu ermöglichen. Dies erfordere — wie die Gutachter mehrheitlich betonen — anstelle des wenig erfolgversprechenden Versuchs einer konjunkturellen Feinsteuerung eine verlässliche Politik, die die angebotspolitischen Rahmenbedingungen weiter stärkt (Ziffern 287, 297 JG). Hierin sieht auch die Bundesregierung den Schlüssel für nachhaltige Fortschritte in Richtung auf eine Verwirklichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele.

58. In seiner Bewertung der Finanzpolitik der Bundesregierung rückt der Sachverständigenrat unter längerfristigen Wachstumsaspekten die mittelfristige Begrenzung der Kreditaufnahme in den Vordergrund seiner Betrachtungen (Ziffern 286, 321 JG). Weitere „Ankurbelungsprogramme“ hält er nicht für angezeigt, zumal der Staat mit seinen „ins Gewicht fallenden Steuersenkungen“ ohnehin konjunkturpo-

litisch nicht untätig geblieben sei (Ziffern 287, 324 JG). Nach seinem Konzept beziffert der Rat die in den Haushalten für 1981 bereits angelegten expansiven Impulse auf 40 Mrd. DM (Ziffer 300 JG). Zurückhaltung bei expansiven Maßnahmen hält er vor allem deshalb für geboten, weil die Ursachen der gegenwärtigen Wachstumsschwäche weitgehend in den ölpreisbedingten Anpassungszwängen liegen.

Das Konsolidierungsziel muß auch nach Auffassung der Bundesregierung weiter verfolgt werden. Der Rat erkennt an, daß mit dem „Sparprogramm“ der Bundesregierung hierzu bereits ein „erster Schritt“ getan wurde (Ziffer 301 JG). Der Vorschlag, die öffentlichen Ausgaben über einen Zeitpunkt von vier bis fünf Jahren unterdurchschnittlich zum Wachstum des Bruttosozialprodukts ansteigen zu lassen und gewisse Anpassungen bei den Verbrauchsteuern vorzunehmen, entspricht den Beschlüssen der Bundesregierung und den für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung zugrundegelegten finanzpolitischen Strategien (Ziffer 301 JG).

Die Bundesregierung ist mit dem Rat der Meinung, daß ein Abbau von Subventionen nicht ohne Rücksicht auf den Subventionszweck vorgenommen werden sollte. Sie begrüßt die konkreten Vorschläge des Rates zum Subventionsabbau (Ziffer 334 ff. JG), die zum Teil bereits im Entwurf eines Subventionsabbaugesetzes enthalten sind; die anderen Anregungen werden eingehend geprüft. Bei seinen Äußerungen zur Deutschen Bundesbahn übersieht der Rat, daß der Umfang der finanziellen Leistungen an die Deutsche Bundesbahn weitgehend durch Verpflichtungen des Bundes bestimmt wird.

Die Bundesregierung begrüßt den Beitrag des Rates zur Versachlichung der Diskussion über die Staatsverschuldung, insbesondere seine Feststellung, daß die Staatsschuld von heute nicht inflationär finanziert worden sei (Ziffer 295 JG).

59. In der Steuerpolitik deckt sich das Urteil des Rates weitgehend mit dem der Bundesregierung. Er bezeichnet die Änderungen am Einkommensteuertarif als Kernstück der steuerpolitischen Entscheidungen des Jahres 1980 (Ziffer 235 JG); sie tragen wesentlich dazu bei, die gesamtwirtschaftliche Steuerlastquote auch im kommenden Jahr weitgehend konstant zu halten. Zu Recht wird das Verhalten derjenigen Gemeinde kritisiert, welche — obwohl sie keine Lohnsummensteuer erhoben hatten — die ihnen zufließenden Ausgleichszahlungen nicht ausreichend an die Unternehmen weitergegeben haben (Ziffer 233 JG).

Der Hinweis des Rates, die Möglichkeit des „Tausches“ von Verbrauchsteuererhöhungen und Ein-

¹⁾ Wie in den vorangegangenen Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C, sondern auch in den anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates Stellung.

kommensteuersenkungen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beachten (Ziffer 332 JG), bestärkt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen indirekten und direkten Steuern zu sichern. Ein allmähliche Anhebung der Mineralölsteuer wird im Gutachten ausdrücklich als geeignete Maßnahme zur Einsparung von Energie gewürdigt (Ziffer 408 JG).

Der Rat setzt sich auch mit den steuerlichen Rahmenbedingungen der Wohnungsbauförderung, insbesondere mit dem § 7b EStG, kritisch auseinander (Ziffer 341 ff. JG). In Übereinstimmung mit der Bundesregierung stellt er fest, daß neue Regelungen in diesem Bereich nur im Rahmen eines steuerlichen Gesamtkonzeptes möglich sind. Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 24. November 1980 festgestellt, daß die Förderung nach § 7b EStG in Kraft bleibt. Sie hält jedoch eine Prüfung für notwendig, ob und wie familienpolitische Komponenten in die Förderung aufgenommen werden können. Ebenso wird zu prüfen sein, wie die steuerliche Förderung wirkungsvoller ausgestaltet werden kann, z. B. durch Abbau der Mitnehmereffekte bei der Förderung des vom Eigentümer allein genutzten sogenannten unechten Zweifamilienhauses.

60. Bei der Beurteilung der Geldpolitik des Jahres 1980 kommt der Rat zu dem Ergebnis — und die Bundesregierung teilt diese Ansicht —, es sei richtig gewesen, das Geldmengenziel auch unter dem Eindruck der Schwäche der D-Mark an den Devisenmärkten und der Ölvertuerung nicht zu revidieren. Im Dilemma zwischen Rücksichtnahme auf Konjunktur und Beschäftigung und dem Bemühen, ein stabilitätspolitisch bedenkliches Abgleiten des Wechselkurses der D-Mark zu verhindern, habe die Bundesbank einen mittleren Kurs gesteuert (Ziffer 307 ff. JG). Ein solcher Kurs habe den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Zwängen entsprochen. Die Risiken alternativen geldpolitischen Verhaltens im Dilemma zwischen binnen- und außenwirtschaftlicher Orientierung werden vom Rat deutlich aufgezeigt (Ziffern 172 ff., 309 ff. JG).

61. Die Bundesregierung stimmt mit der Analyse des Rates überein, nach der die seit einigen Monaten zu beobachtende Schwächetendenz der D-Mark nicht auf einer allgemeinen Abwertungserwartung der Märkte beruht. Sie ist mit dem Rat der Auffassung, daß vor allem die hohen Auslandszinsen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen (Ziffer 180 JG). Die zum Teil beträchtlichen nominalen Zinsunterschiede zum Ausland haben bisher die zugunsten der D-Mark sprechenden Inflationsdifferenzen überspielt. Offenkundig steht vor allem die außerordentliche Verschlechterung der deutschen Leistungsbilanz etwaigen Aufwertungserwartungen der Märkte entgegen. Wie lange dies anhalten wird, ist kaum im voraus abschätzbar. Die Bundesregierung ist sich jedoch mit dem Rat darin einig (vgl. Ziffer 13 dieses Berichts), daß die vorhandenen Inflations-Differenzen sich im weiteren Verlauf günstig auf den D-Mark-Kurs auswirken müßten (Zif-

fer 311 JG). Allerdings wird die Kursentwicklung — wie die jüngste Erfahrung erneut lehrt — nicht ausschließlich von den internationalen Preis- und Kostenunterschieden, sondern auch von einer Vielzahl weiterer Faktoren bestimmt.

62. Das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik Deutschland sieht die Bundesregierung wie der Rat als eine Herausforderung an, welche die deutsche Wirtschaftspolitik gemeinsam mit allen am Wirtschaftsprozeß Beteiligten bewältigen muß. Die Antwort darauf kann nicht im Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen, sondern nur in einer dauerhaften Sicherung und Stärkung der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft liegen (vgl. Abschnitt „Außenwirtschaftspolitik“, Ziffer 26 ff. dieses Berichts). Auch nach Ansicht der Bundesregierung muß dazu ein beschwerlicher, aber stabilitäts- und wachstumsgerechter Weg beschritten werden, auf dem die Kosten gesenkt und die übrigen Angebotsbedingungen verbessert werden (Ziffer 289 f. JG). An der hervorragenden Bedeutung hoher Investitionen für die finanzielle und reale Bewältigung des Leistungsbilanzungleichgewichts läßt der Rat keinen Zweifel (Ziffer 278 ff. JG).

63. Der Rat unterstreicht, daß insbesondere durch den realen Ölpreisanstieg der verbliebene Verteilungsspielraum für die Lohnpolitik erheblich enger geworden ist. Angesichts vielfältiger und beträchtlicher Prognoserisiken — z. B. hinsichtlich der Ölpreise und Ölversorgung sowie der Entwicklung von Produktivität und Kapitalkosten — empfiehlt der Rat einen „vorsichtigen Kurs in der Lohnpolitik“ (Ziffer 364 ff. JG). Auch die Bundesregierung hält einen solchen Kurs in Anbetracht der Ausgangslage und der Risiken für die weitere Entwicklung für angebracht. Seine Realisierung wäre ein wichtiger Beitrag nicht nur zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation im Jahre 1981, sondern auch zur Lösung der Probleme, die sich darüber hinaus stellen. Der Rat weist auf die Erfahrung hin, daß eine vorsichtige Lohnpolitik kurzfristig sowohl die Beschäftigung sichern als mittelfristig auch die Zahl der Beschäftigten erhöhen kann. Den fortbestehenden strukturellen Problemen am Arbeitsmarkt muß dabei — so der Rat — durch eine stärkere Lohndifferenzierung Rechnung getragen werden.

64. Die Bundesregierung teilt nicht die Aussagen des Rates zur Rentenpolitik (Ziffer 354 ff. JG). Dazu wird auf die Regierungserklärung vom 24. November 1980 (Abschnitt „Soziale Sicherheit“) Bezug genommen.

65. Die Bundesregierung stellt mit Genugtuung fest, daß auch das Minderheitsvotum (Ziffer 495 ff. JG) in wichtigen wirtschaftspolitischen Aussagen mit der Ratsmehrheit übereinstimmt. Es teilt mit der Mehrheit die Meinung, daß die deutsche Wirtschaft unter einen strukturellen Anpassungsdruck geraten ist, dessen Bewältigung einen erheblichen Investitionsbedarf auf mittlere Sicht erfordert. Wie die Mehrheit vertritt auch die Minderheit die Auffassung, daß die Lohnpolitik aus ihrer Mitver-

antwortung für Wachstum und Beschäftigung nicht entlassen werden kann, daß in der jetzigen Situation kein Anlaß besteht, das „Kaufkraftargument“ des Lohnes in Anspruch zu nehmen und daß jetzt bei kleineren realen Verteilungsspielräumen nicht die Zeit ist, mit Hilfe einer expansiven Lohnpolitik Umverteilungsziele anzustreben (Ziffer 503 JG). Sie wertet jedoch das Risiko einer möglichen Verschlechterung der Verteilungsposition für die Arbeitnehmer anders als die Mehrheit. Nach Meinung der Minderheit kann die Lohnpolitik „nicht Verantwortung für die Rückgewinnung eines höheren Beschäftigungsstandes übernehmen“. Zur Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme hält sie deshalb eine stärkere Berücksichtigung nachfragepolitischer Elemente für angebracht. Sie plädiert neben einer raschen Lockerung der Geldpolitik dafür, eine höhere Verschuldung des Staates hinzunehmen und die Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung „über die ohnehin angelegte Tendenz hinaus“ gegebenenfalls zu nutzen.

Die auch im Minderheitsvotum bereits angesprochenen Probleme einer solchen Politik schätzt die Bundesregierung höher ein. Insbesondere könnte dadurch die weitere Kosten- und Preisstabilisierung gefährdet werden. Auch die Investitionsbereitschaft, die für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen dringend notwendig ist, würde eher beeinträchtigt als gefördert.

66. Die Bundesregierung sieht sich durch das Jahresgutachten 1980/81 in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Anpassungsaufgaben der kommenden Jahre im Wettbewerb zu bewältigen sind (Ziffer 381 ff. JG). Sie hat sich stets — auch auf europäischer und internationaler Ebene — gegen eine interventionistische Politik sowie gegen handelspolitische und strukturelle Abwehrmaßnahmen ausgesprochen.

In Übereinstimmung mit dieser Politik wird im Gutachten festgestellt, daß auch die Probleme in der Unterhaltungselektronik-Industrie und in der Automobilindustrie nicht durch protektionistische Maßnahmen gelöst werden können (Ziffer 386 ff. JG). Vielmehr sind zusätzliche Anstrengungen der Unternehmen zur Behauptung im Wettbewerb nötig. Den von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Maßnahmen im Bereich der Stahlindustrie hat die Bundesregierung nur mit großen Bedenken zugestimmt (vgl. Ziffer 48 dieses Berichts).

67. Die Bundesregierung teilt die Ansicht des Rates, daß es Ziel der Energiepolitik sein muß, ein sicheres und — insbesondere im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit — kostengünstiges Energieangebot zu ermöglichen (Ziffer 416 JG). Ebenso ist sie der Meinung, daß die Energiepolitik marktwirtschaftlich auszurichten ist (Ziffer 399 JG). Der Rat unterstreicht mit Nachdruck, daß zur Verminderung der Ölabhängigkeit neben dem Einsparen vor allem die Substitution von Öl notwendig ist. Dafür stünden in größerem Umfang auf absehbare Zeit nur Importkohle und Kernenergie zur Verfügung (Ziffer 411 JG).

Für eine Absicherung der Energieversorgung ist aber auch ein leistungsfähiger deutscher Kohlenbergbau unverzichtbar. Mit dem Vertrag zwischen Elektrizitätswirtschaft und Steinkohlenbergbau für den Bereich der Verstromung ist der Absatz deutscher Kohle in einem wichtigen Bereich bis 1995 gesichert worden. Gleichzeitig trat am 1. Januar 1981 die neue Importkohleregulation in Kraft. Im Unterschied zum Rat ist die Bundesregierung der Meinung, daß auf dem Hintergrund der Entscheidung für den Einsatz deutscher Steinkohle in der Kraftwirtschaft diese Regelung — gemessen am heute erkennbaren Bedarf — eine zureichende Öffnung des Marktes bedeutet. Die Substitutionsauflage für Öl und Gas bei der Wärmeerzeugung ist bis 1983 befristet (Ziffern 291, 413 JG).

Der Ausbau der Kernenergie ist zur Sicherstellung eines ausreichenden Energieangebots notwendig. Der Rat weist auch zu Recht auf die Kostenvorteile der Kernenergie und deren Bedeutung für die Standortbedingungen hin (Ziffer 416 JG). Wie in der Regierungserklärung dargelegt, wird die Bundesregierung zusammen mit den Ländern prüfen, auf welche Weise die Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke ohne Einbuße an Sicherheit und Rechtsschutz beschleunigt werden können.

Auch bei der Energieeinsparung setzt die Bundesregierung soweit wie möglich auf die Marktkräfte. Sie hat deshalb z. B. — wie es auch der Rat für richtig hält (Ziffer 401 JG) — Eingriffe gegenüber steigenden Energiepreisen abgelehnt. Sie fördert Energieeinsparung durch finanzielle Anreize und durch gesetzliche Vorschriften in den Bereichen, in denen die Marktkräfte nicht oder nicht hinreichend wirken. Die Kritik des Rates vornehmlich an der Wärmeschutzverordnung erkennt, daß das Interesse von Vermietern und Mietern an der Senkung von Energiekosten unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Wärmeschutzverordnung stellt darauf ab, die Energieeinsparung stärker zur Wirkung zu bringen.

68. In einem besonderen Kapitel des Gutachtens werden ausführliche Überlegungen zu den Problemen der EG-Agrarpolitik und ihren Lösungsmöglichkeiten angestellt. Es enthält eine Reihe von nützlichen Anregungen und bestärkt die Bundesregierung in ihrer agrarpolitischen Konzeption, die insbesondere auf eine stärker marktwirtschaftliche Orientierung ausgerichtet ist.

69. Die mit den strukturellen Marktungleichgewichten im Agrarbereich zusammenhängenden Probleme beurteilt die Bundesregierung ähnlich wie der Rat: Wachsende strukturelle Angebotsüberschüsse bringen zunehmende finanzielle Belastungen mit sich, die überdies ungleich auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt sind (Ziffern 34, 441, JG). Deshalb wird sich die Bundesregierung in der Europäischen Gemeinschaft mit Nachdruck für einen Abbau dieser Überschüsse einsetzen. Der Rat überschätzt allerdings die Möglichkeiten eines einzelnen Mitgliedlandes, seine eigenen Vorstellungen in der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen. Er erkennt auch den hohen integrationspolitischen Stellenwert.

lenwert, den die EG-Agrarpolitik für die meisten Mitgliedstaaten besitzt.

Wie der Rat sieht die Bundesregierung in einer stärker am Marktgleichgewicht orientierten Preispolitik den wichtigsten Ansatzpunkt für eine Lösung der Agrarprobleme. Auch sie ist der Auffassung, daß daneben die Interventionsmechanismen schrittweise gelockert werden sollten (Ziffer 472 JG). Ebenso wie der Rat lehnt sie es jedoch ab, um einer bereits kurzfristigen Erreichung des Marktgleichgewichts willen drastische Realpreissenkungen herbeizuführen (Ziffer 476 JG). Dagegen hält sie — anders als der Rat — eine verstärkte Beteiligung der Erzeuger an der Finanzierung der Überschüsse für grundsätzlich geeignet, die Überschußproduktion zu verringern. Dabei ist allerdings darauf zu achten, daß die Wirkung der Erzeugerabgabe nicht — wie der Rat offenbar befürchtet — durch Preisanhebungen wieder aufgehoben wird.

70. Nach Auffassung des Rates muß für die EG-Agrarpolitik innerhalb des bestehenden Finanzrahmens verbindlich eine Ausgabenobergrenze festgesetzt werden (Ziffer 449 JG). Ob eine solche Ausgabenobergrenze möglich und nützlich ist, bedarf noch sorgfältiger Prüfung. Die Bundesregierung hat jedoch bereits deutlich gemacht, daß nach Ihrer Auffassung der Anstieg der Agrarausgaben künftig wesentlich unter dem der eigenen Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft liegen muß. Die Mehrwertsteuerabführung an die Gemeinschaft darf auch weiterhin ein Prozent der Bemessungsgrundlage nicht überschreiten.

71. Zu Recht hebt der Rat die Bedeutung hervor, die der landwirtschaftliche Strukturwandel sowohl bei der Lösung der Marktprobleme als auch für die landwirtschaftlichen Einkommen besitzt (Ziffer 469 JG). Die Bundesregierung wird sich deshalb weiterhin bemühen, Hemmnisse, die dem strukturellen Anpassungsprozeß im Wege stehen, so weit und so rasch wie möglich abzubauen. Dabei wird sie sich auch weiter davon leiten lassen, sozial- und gesellschaftspolitisch unvertretbare Entwicklungen zu vermeiden.

Insbesondere die Verringerung der strukturellen Überschüsse setzt eine beträchtliche Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft in der Landwirtschaft voraus. Partielle Einkommensprobleme sind dabei nach

Ansicht des Rates kaum zu vermeiden. Nach seiner Auffassung sollte der erforderliche Anpassungsprozeß sozial- und wirtschaftspolitisch durch Liquiditäts- und Mobilitätshilfen, durch das bestehende Bergbauernprogramm mit seinen gezielten direkten Einkommensübertragungen und durch das System der staatlichen Mindesteinkommenssicherung unterstützt werden. Darüber hinaus würden eine Politik des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und verstärkte Bemühungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten den Anpassungsprozeß erleichtern (Ziffer 477 ff. JG). Die Bundesregierung prüft auch diese Möglichkeiten auf ihre Wirkungen und Durchsetzbarkeit.

72. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Rates, daß die starken Unterschiede in den Inflationsraten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die anstehenden Agrarpreisverhandlungen erheblich belasten und eine einheitliche Preisfestsetzung außerordentlich erschweren (Ziffer 482 JG).

73. Der Rat betont zu Recht die hohe Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft für die Funktionsfähigkeit der Weltmärkte und für die Freiheit des Welthandels. Er verweist daneben auf das große Eigeninteresse, daß die export- und rohstoffabhängige Gemeinschaft an unbelasteten Handelsbeziehungen mit Drittländern auch im Agrarbereich besitzt. Das Prinzip der Gemeinschaftspräferenz rechtfertigt keinen vollständigen Verzicht auf die internationale Arbeitsteilung (Ziffern 452f., 485ff. JG). Auch für die Bundesregierung haben störungsfreie Außenwirtschaftsbeziehungen im Agrarbereich einen hohen Stellenwert. Aus diesem Grund hält sie verstärkte Importrestriktionen und eine aggressive Exportförderung nicht für geeignete Lösungen der Überschußprobleme.

74. Insgesamt gesehen lassen die agrarpolitischen Vorschläge des Rates erkennen, daß die Anpassungsmöglichkeiten des landwirtschaftlichen Sektors überschätzt werden. Die Bundesregierung befürwortet eine Anpassungspolitik, die die verschiedenen Ziele berücksichtigt. Sie muß sowohl den begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Gemeinschaft und des nationalen Haushaltes als auch dem agrarpolitischen Ziel Rechnung tragen, eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten.

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1980¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Die bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1980 erwartete gesamtwirtschaftliche Abschwächung im Jahresverlauf (Ziffer 5 und Anlage Ziffer 8) ist etwas stärker ausgefallen als vorhergesehen. Das Wachstumsziel von gut 2 1/2 % ist nicht voll erreicht worden. Zwar war im 1. Vierteljahr noch ein unerwartet starker Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten zu verzeichnen — am ausgeprägtesten beim Privaten Verbrauch und bei den Ausfuhren —, jedoch dürfte dies im wesentlichen auf Einflüsse der weltpolitischen Unsicherheiten sowie die vorherrschenden Preiserwartungen zu Jahresbeginn zurückzuführen sein. Teils als Reaktion auf diese Sondereinflüsse, teils als Folge der im Inland und bei den meisten Handelspartnerländern eingetretenen Nachfrageabschwächung aufgrund der vorangegangenen und noch anhaltenden Entzugswirkungen der Ölpreissteigerungen, war die reale Sozialproduktsentwicklung im weiteren Verlauf des Vorjahres rückläufig. Verstärkt wurden diese Tendenzen durch normale zyklische Ermüdungserscheinungen auf einzelnen Märkten. Die gesamtwirtschaftliche Abschwächung betraf mehr oder weniger alle Nachfragebereiche, insbesondere aber die Entwicklung der Vorratshaltung, Unternehmensinvestitionen und Ausfuhren. Im Jahresdurchschnitt 1980 nahm das Bruttoinlandsprodukt nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes real um 2,0 %, das Bruttosozialprodukt um 1,8 % zu. Dieses im internationalen Vergleich noch überproportionale Wachstum darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Sozialproduktsniveau real im Jahresendquartal saisonbereinigt um etwa 1 % unter dem Jahresdurchschnittsergebnis gelegen haben dürfte.

2. Trotz dieser schwächeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung war die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen mit ca. 160 Tsd. oder 1/2 % sogar eher stärker als ursprünglich erwartet (Jahresprojektion: bis zu + 1/2 %); die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer erhöhte sich sogar um gut 200 Tsd. Die Arbeitslosenzahl war damit trotz des aus demographischen Gründen weiter gewachsenen einheimischen Arbeitskräftepotentials im Jahresdurchschnitt mit 889 Tsd. kaum höher als im Vorjahr (876 Tsd.); im Jahresverlauf — vor allem gegen Jahresende — hat die Arbeitslosigkeit jedoch erwartungsgemäß merklich zugenommen. Die Arbeitslosenquote blieb im Jahresdurchschnitt mit 3,3 % (bezogen auf alle Erwerbspersonen) bzw. 3,8 % (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) innerhalb der projizierten Marge (Jahresprojektion: 3 bis 3 1/2 % bzw. 3 1/2 bis 4 %).

3. Dagegen wurde das ehrgeizige Ziel der Jahresprojektion 1980 für die Preisentwicklung nicht er-

reicht. Hierfür waren vor allem drei Gründe maßgebend: Erstens entsprach der Preisschub der Ölrechnung¹⁾ 1980 mit ca. 21 Mrd. DM etwa 1,2 % der gesamten volkswirtschaftlichen Endnachfrage (Verbrauch + Investitionen + Ausfuhr) und war damit höher als im Vorjahr (ca. 14 1/2 Mrd. DM oder 0,9 % der Endnachfrage). Zwar hat sich die gesamte Ölrechnung¹⁾ mit rd. 14 Mrd. DM nicht stärker als im Vorjahr auf etwa 58 Mrd. DM erhöht; hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß im vergangenen Jahr, gemessen an den Einfuhrmengen und -strukturen des Jahres 1979, ca. 7 Mrd. DM wegen geringerer Ölimportmengen eingespart werden konnten, der reine Preiseffekt also entsprechend höher war. Zweitens mußte im Verlauf von 1980, selbst in nominaler Rechnung, eine den Anstieg der Einfuhr- und damit auch der Inlandspreise verstärkende Abwertung der DM hingenommen werden. Gegenüber den 23 wichtigsten westlichen Handelspartnern betrug die nominale D-Mark-Abwertung seit Jahresbeginn 1980 im Dezember des Vorjahres etwa 3 1/2 %; gegenüber dem US-Dollar, dem für die Mineralöl- und sonstigen Rohstoffeinfuhren eine besondere Bedeutung zukommt, notierte die D-Mark im gleichen Zeitabschnitt sogar um 12 1/2 % schwächer. Drittens war neben den Einfuhrpreisen auch der Anstieg der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft mit 5 1/2 % um etwa 1 1/2 %-Punkte höher als in der Jahresprojektion zugrundegelegt worden war. Dies ist insbesondere auf einen schwächeren als in der Jahresprojektion erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg zurückzuführen.

Diese erheblich über die ursprünglichen Erwartungen hinausgegangene Kostenbelastung führte dazu, daß der Preisanstieg der gesamten Inlandsnachfrage mit 6 % stärker als erwartet ausfiel (Jahresprojektion: rd. 5 %). Die Zunahme des Verbraucherpreinsniveaus war zwar mit 5 1/2 % nicht ganz so ausgeprägt, gleichwohl übertraf auch sie deutlich die Erwartungen zu Jahresbeginn (Jahresprojektion rd. 4 1/2 %).

Da die Einfuhrpreise um etwa 3 1/2 %-Punkte stärker als die Ausfuhrpreise stiegen, die Verschlechterung der terms of trade also im erwarteten Ausmaß eintrat (wobei sich sowohl Einfuhr- als auch Ausfuhrpreise stärker als projiziert entwickelten), war die Preisrate des Bruttosozialprodukts, die von den Einfuhrpreisen nicht unmittelbar beeinflusst wird, mit 5 % erwartungsgemäß geringer als der inländische Preisanstieg; sie übertraf damit aber ebenfalls den Projektionsansatz (rd. 4 %) erheblich, insbesondere wegen des höheren Anstiegs der Lohnstückkosten.

4. Das etwas schwächere Wachstum und die stärkere Preisentwicklung führten insgesamt zu einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts um 7 %; sie lag damit an der Obergrenze der im Jahreswirtschaftsbericht genannten Spanne von 6 bis 7 %.

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1980 der Bundesregierung (Drucksache 8/3628)

¹⁾ Netto, d. h. nach Abzug der Ausfuhr von Mineralölfertigerzeugnissen; in der „Spezialhandelsabgrenzung“ der amtlichen Außenhandelsstatistik.

Dabei blieb der Private Verbrauch mit +7% innerhalb der projektierten Marge (Jahresprojektion: +6½ bis +7½%), während der Staatsverbrauch mit +9% deutlich darüber hinausging (Jahresprojektion: +6½ bis +7½%). Dagegen hielt sich der Anstieg der Anlageinvestitionen mit 12% im unteren Bereich des Projektionsansatzes (+12 bis +13%), wobei die Unternehmensinvestitionen unter und die öffentlichen Investitionen über den zu Jahresbeginn veranschlagten Werten blieben. Die Vorratsbildung fiel dagegen nicht ganz so schwach wie erwartet aus. Insgesamt lag damit die Zunahme der inländischen Endnachfrage mit 8% am oberen Ende des Projektionsrahmens (7 bis 8%). Der Rückgang des nominalen Außenbeitrags um 14½ Mrd. DM auf -2 Mrd. DM ging dagegen leicht über den zu Jahresbeginn projektierten Abbau (10 bis 14 Mrd. DM) hinaus. Da sich der Außenbeitrag in konstanten Preisen entsprechend den Annahmen der Jahresprojektion kaum veränderte, war dieser Rückgang in der Rechnung zu jeweiligen Preisen auf das niedrigste Niveau seit 1950 der wie erwartet eingetretenen terms-of-trade-Verschlechterung zuzuschreiben und per Saldo in der Größenordnung nahezu allein auf die Erhöhung der Ölrechnung zurückzuführen. Da außerdem die Übertragungsbilanz ein etwas höheres Defizit als erwartet aufwies, fiel das Leistungsbilanzdefizit (Defizit in der Bilanz der laufenden Rechnung) mit 28,2 Mrd. DM größer aus als erwartet (21 Mrd. DM).

5. Das Volkseinkommen stieg mit 6½% im erwarteten Ausmaß (6 bis 7%). Hieran war das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit +7½% jedoch etwas stärker beteiligt, als es den Annahmen der Jahresprojektion entsprochen hätte (+rd. 7%). Dies war hauptsächlich auf eine deutlichere Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen. Entsprechend fielen daher die Unternehmens- und Vermögenseinkommen — hierzu zählen u. a. auch die Zins-, Miet- und Pachteinnahmen von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen — mit +3½% schwächer aus als projektiert (+4 bis +6%). Die auf der Grundlage konstanter Beschäftigungsstrukturen des Jahres 1970 berechnete bereinigte Lohnquote stieg von 68,1% auf 68,8% deutlicher als erwartet an.

6. Die Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) übertrafen 1980 mit +8% den Projektionsrahmen (+5 bis +6%) beträchtlich. Hierzu trugen alle größeren Ausgabenkategorien bei. Wie schon in den Vorjahren gingen dabei vor allem die öffentlichen Investitionen mit

+15½% erheblich über die Ansätze der Jahresprojektion (+6 bis +7%) hinaus. Am stärksten fiel für das Überschreiten des gesamten Ausgabenrahmens jedoch die Zunahme des Staatsverbrauchs mit 9% ins Gewicht (Jahresprojektion: 6½ bis 7½%). Neben höheren Personalausgaben der Gebietskörperschaften war dies nicht zuletzt auf den deutlich gestiegenen Sachaufwand — vor allem Sachleistungen der Krankenkassen im Bereich der Sozialversicherung — zurückzuführen. Auch die Einkommens- und Vermögensübertragungen erhöhten sich mit 6½% weitaus kräftiger als projektiert (4 bis 5%).

Die Entwicklung der Einnahmen übertraf mit +7½% leicht die Obergrenze der Projektionszahlen (+6 bis +7%). Das Steueraufkommen blieb dabei mit +6½% innerhalb der erwarteten Spanne (+6 bis +7%), während die Zunahme der Sozialbeiträge mit 9% sogar erheblich über das obere Ende der Projektionsmarge (6½ bis 7½%) hinausging; der Anstieg der sonstigen Einnahmen, die freilich von geringerer Bedeutung sind, übertraf mit 8% den Projektionsansatz von 5 bis 6% ebenfalls deutlich.

Insgesamt war wegen des weit über den Rahmen der Jahresprojektion hinausgegangenen Ausgabenanstiegs das Finanzierungsdefizit um 9 Mrd. DM höher als im Vorjahr und belief sich damit auf 51½ Mrd. DM (gegenüber 38 bis 41 Mrd. DM lt. Jahresprojektion). Einem Überschuß im Sozialversicherungsbereich von knapp 6 Mrd. DM stand dabei ein Defizit für die Gebietskörperschaften von 57½ Mrd. DM gegenüber. Das Finanzierungsdefizit entsprach 3½% des Bruttosozialprodukts und fiel damit um 1%-Punkt höher aus, als es den Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts entsprochen hätte.

7. Während das Defizit des Staates deutlich über die Projektionsvorstellungen hinausging, erhöhte sich der Finanzierungsbedarf des Unternehmenssektors (einschließlich privater Wohnungsbau) etwa im erwarteten Ausmaß, wobei eigene Mittel und Investitionen (einschließlich Vorratsbildung) schwächer als projektiert zunahmen. Der Finanzierungsüberschuß der privaten Haushalte war wegen der gestiegenen Sparquote dagegen höher als angenommen. Dem insgesamt negativen Finanzierungssaldo der inländischen Sektoren entsprach wegen des noch über die ursprünglichen Vorstellungen hinausgegangenen Leistungsbilanzdefizits — neben dem Rückgang des Außenbeitrags war wiederum ein stark gestiegenes Defizit in der Übertragungsbilanz zu verzeichnen — ein höheres Finanzierungspotential in Form eines per Saldo weiteren Forderungsabbaus gegenüber dem Ausland.

Internationaler Vergleich der VerbraucherpreisentwicklungVeränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
in %

	Ø 1960/ 1970	Ø 1970/ 1976	1977	1978	1979	1980	1980						
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾ ...	+2,5	+ 5,9	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,4	5,3	+ 5,1	+ 5,3	+ 5,5
Belgien	+3,0	+ 8,5	+ 7,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 6,6	+ 6,3	+ 6,4	+ 6,5	+7,4	+ 7,0	+ 7,6	+ 7,5
Dänemark	+5,6	+ 9,2	+11,1	+10,0	+ 9,6	+12,4	+13,4	+13,9	+11,5	+10,7	+10,7	+10,7	+10,9
Frankreich	+4,1	+ 9,0	+ 9,4	+ 9,1	+10,8	+13,6	+13,3	+13,6	+13,6	+13,5	+13,5	+13,5	+13,6
Großbritannien	+4,1	+13,6	+15,8	+ 8,3	+13,4	+18,0	+19,0	+21,5	+16,3	+15,3	+15,4	+15,3	+15,1
Irland	+4,6	+14,0	+13,6	+ 7,6	+13,3	+18,2	+15,5	+20,2	+18,8	+18,2	.	+18,2 ³⁾	.
Italien	+4,0	+12,2	+17,0	+12,1	+14,8	+21,2	+20,6	+20,9	+21,8	+21,5	+21,1	+22,0	+21,2
Luxemburg	+2,6	+ 7,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 4,5	+ 6,3	+ 5,9	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,0	+ 6,3	+ 7,0
Niederlande	+4,3	+ 8,7	+ 6,4	+ 4,2	+ 4,3	+ 7,0	+ 6,4	+ 7,3	+ 7,3	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,1	+ 7,0
Griechenland	+2,1	+12,5	+12,1	+12,8	+18,7	+24,7	+23,7	+25,6	+24,4	+25,6	+24,2	+26,2	+26,2
Norwegen	+4,5	+ 8,5	+ 9,1	+ 8,1	+ 4,8	.	+ 7,7	+10,1	+12,1	.	+12,9	+13,1	.
Österreich	+3,6	+ 7,3	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 6,4	+ 5,3	+ 6,4	+ 6,9	+ 6,5	+ 6,7	+ 6,3	+ 6,7
Portugal ²⁾	+4,5	+16,1	+25,9	.	+23,5	.	+22,6	+17,3	+15,7	.	.	.	.
Schweden	+4,0	+ 8,3	+11,4	+10,0	+ 7,2	.	+13,2	+13,3	+13,5	.	+15,5	+14,6	.
Schweiz	+3,3	+ 6,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,4
Spanien	+6,6	+12,9	+24,5	+19,8	+15,7	.	+16,7	+15,6	+14,9	.	+14,2	.	.
Japan	+5,7	+11,1	+ 8,1	+ 3,8	+ 3,6	.	+ 7,6	+ 8,4	+ 8,4	.	+ 7,8	+ 8,4	.
Kanada	+2,7	+ 7,4	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	.	+ 9,4	+ 9,6	+10,6	.	+10,9	+11,2	.
USA	+2,7	+ 6,6	+ 6,5	+ 7,7	+11,3	+13,5	+14,3	+14,5	+12,9	.	+12,6	+12,6	.

Quelle: Statistisches Bundesamt und andere amtliche Stellen; die aktuellsten Zahlen sind teilweise vorläufige Werte.

¹⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte²⁾ ab 1978 neue Indexberechnung³⁾ vierteljährliche Erhebung

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1980
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion	Tatächliche Entwicklung ⁴⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	bis zu +1/2	+ 0,6
Arbeitslosenquote in % A ¹⁾	(3 1/2 bis 4)	(3,8)
B ²⁾	(3 bis 3 1/2)	(3,3)
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	—rd. 3/4	— 0,6
Bruttoinlandsprodukt		
in Preisen von 1970 (BIP)	+ gut 2 1/2	+ 2,0
BIP je Erwerbstätigen	+ rd. 2 1/4	+ 1,4
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 3	+ 2,0
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+6 1/2 bis +7 1/2	+ 7,1
Staatsverbrauch	+6 1/2 bis +7 1/2	+ 9,0
Anlageinvestitionen	+12 bis +13	+12,0
darunter: Öffentliche Investitionen	+6 bis +7	+14,7
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+19 bis +23) ³⁾	(+23,7)
Inlandsnachfrage	+7 bis +8	+ 8,0
Außenbeitrag		
Mrd. DM	(—2 bis +2) ³⁾	(— 2,2)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	(0)	(— 0,1)
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+6 bis +7	+ 6,9
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 4 1/2	+ 5,4
Inlandsnachfrage	+ rd. 5	+ 6,1
Bruttosozialprodukt	+ rd. 4	+ 5,0
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	+6 bis +7	+ 6,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+4 bis +6	+ 3,3
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ rd. 7	+ 7,7
<i>Nachrichtlich:</i>		
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ rd. 6 1/2	+ 6,6
Sparquote	(rd. 12 1/2)	(13,4)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1979

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1981

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1980

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung)

	Jahres- projektion der der Bundes- regierung	Tatsäch- liche Entwick- lung ⁴⁾
Einnahmen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Steuern	+6 bis +7	+ 6,3
Sozialbeiträge ¹⁾	+6 ^{1/2} bis +7 ^{1/2}	+ 8,9
Sonstige Einnahmen	+5 bis +6	+ 7,8
Einnahmen insgesamt	+6 bis +7	+ 7,3
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+6 ^{1/2} bis +7 ^{1/2}	+ 9,0
Einkommens- und Vermö- gensübertragungen ²⁾	+4 bis +5	+ 6,3
Investitionen	+6 bis +7	+15,7
Ausgaben insgesamt	+5 bis +6	+ 8,2
Finanzierungssaldo, Mrd. DM	-38 bis -41 ³⁾	-51,5

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 1979

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1981

B. Jahresprojektion 1981

8. Die um die Jahreswende vorhandenen Informationen zeigen, daß die im Frühjahr 1980 eingetretene Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit bis zum Jahresende angehalten hat. Es ist auch kaum zu erwarten, daß es schon in den Wintermonaten wieder zu einer deutlichen konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommt. Diese Einschätzung gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern mehr oder weniger ausgeprägt für die meisten Industrieländer, zumindest in Europa. Neben der notwendigen Anpassung an ein stark erhöhtes Energiepreinsniveau haben zu dieser Situation auch zyklische Abschwächungen auf wichtigen Teilmärkten beigetragen, die angesichts der Dauer der vergangenen Aufschwungsperiode — mit Unterbrechungen von Mitte 1975 bis Anfang 1980 — nicht ganz unerwartet kamen. Auch der aus währungs- und stabilitätspolitischen Gründen notwendige Kurs der Geldpolitik bleibt kurzfristig nicht ohne Einfluß auf das konjunkturelle Geschehen. Dennoch spricht vieles dafür, daß nach Abklingen der ölpreisbedingten Entzugswirkungen und mit fortschreitender Struktur-anpassung sowie nach Überwindung der zyklischen Abschwächung die konjunkturellen Kräfte in der Bundesrepublik im weiteren Jahresverlauf wieder

die Oberhand gewinnen, falls es nicht zu neuen starken von außen kommenden oder hausgemachten Belastungen kommt. Die Erwartung einer neuen Aufwärtsbewegung nach Überwindung der derzeitigen Schwächeperiode geht allerdings u. a. davon aus, daß die deutsche Leistungsbilanz- sowie die internationale Zins- und die Devisenmarktentwicklung es der Geldpolitik im Verlaufe dieses Jahres erlauben, den mit dem Geldmengenziel abgesteckten monetären Kurs einzuhalten. Angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus ist jedoch für den Jahresdurchschnitt 1981 auch im günstigsten Fall bei allen großen gesamtwirtschaftlichen Endnachfragebereichen (Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr) mit einer schwächeren Entwicklung als im Vorjahr zu rechnen.

Nach dem Informationsstand zu Jahresbeginn 1981 wird eine solche der Jahresprojektion zugrunde liegende Einschätzung der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des immer vorhandenen Unsicherheitsspielraums als die Prognose mit der gegenwärtig höchsten Wahrscheinlichkeit angesehen. Erweisen sich die nach Abwägung aller heute erkennbaren Risiken getroffenen Annahmen und unterstellten Bedingungen als nicht richtig, kann eine bessere, aber auch eine ungünstigere Entwicklung nicht ausgeschlossen werden. Zu den immer vorhandenen außen- und binnenwirtschaftlichen Risiken kommt auch in diesem Jahr die Unsicherheit über die weitere Ölversorgung und -preisentwicklung hinzu. Hier wird in der Jahresprojektion angenommen, daß die mengenmäßige Versorgung nicht gefährdet ist und sich nach der extremen Ölverteuerung 1979 und 1980 (Rohölpreisanstieg in DM frei deutsche Grenze von Dezember 1978 bis Dezember 1980 um knapp 160 %) in diesem Jahr kein Preisanstieg ergibt, der wesentlich über die durchschnittliche Anhebung der Exportgüterpreise der Industrieländer hinausgeht. Da die OPEC-Beschlüsse vom Dezember diese Marge bereits weitgehend ausgeschöpft haben, dürfte es, wenn die in der Jahresprojektion angenommene Entwicklung nicht gefährdet werden soll, in diesem Jahr zu keiner abermaligen erheblichen Rohölverteuerung kommen. Kommt es nicht zu der in der Jahresprojektion unterstellten Höherbewertung der D-Mark im Verlaufe dieses Jahres, muß ohnehin bereits beim jetzigen Rohölpreisniveau auch 1981 mit einer deutlichen realen Verteuerung des Mineralöls für die Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden.

9. Eine wichtige Annahme betrifft angesichts der starken Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft die Entwicklung der Weltkonjunktur und des Welthandels. Die Unsicherheit hierüber kommt in dem diesmal besonders breiten Prognosespektrum zum Ausdruck: Die Vorausschätzungen verschiedener Stellen für den Welthandel 1981 reichen derzeit von einem Wachstum um 3 % bis zu Stagnation oder gar einem Rückgang mit entsprechenden Folgen für die deutsche Ausfuhr. In der Jahresprojektion ist hierfür eine mittlere Annahme unterstellt worden. Für die OECD-Länder wird im Jahresdurchschnitt 1981 eine reale Sozialproduktentwicklung von 0 bis etwa + 1 % erwartet. Dabei wird u. a. von einer baldigen und nachhaltigen — nach den jüngsten

Indikatoren jedoch noch nicht gesicherten — Überwindung der Konjunkturabschwächung in den USA und anderen wichtigen Partnerländern insbesondere in Europa ausgegangen. Dies könnte für den realen Welthandel im gesamten Jahr ebenso eine Entwicklung zwischen 0 und +1% bedeuten. Das Wachstum der deutschen Exportmärkte könnte unter diesen Bedingungen und in Erwartung einer weiter deutlich zunehmenden Nachfrage aus den OPEC-Ländern — entsprechend den Prognosen der OECD — etwas stärker als das des gesamten Welt Handels ausfallen. Auch das Güterangebot des deutschen Außenhandels und die verstärkten Anstrengungen zur Verbesserung der Wettbewerbssituation sprechen eher für eine leicht über die Zunahme des Welthandelsvolumens hinausgehende Exportsteigerung. Angesichts des negativen „Überhangs“ zum Jahresende 1980 für die Ausfuhr von Waren- und Dienstleistungen um real etwa 3% setzt dies allerdings eine deutliche Beschleunigung der Exportentwicklung im Verlaufe dieses Jahres voraus. Unter Einschluß der voraussichtlichen Dienstleistungseinnahmen und einer gegenüber 1980 abgeschwächten Exportpreisteigerung wird in der Jahresprojektion 1981 von einer

nominalen Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ %

(nach 12% im Vorjahr) ausgegangen.

10. Mit starken Unsicherheiten ist auch die weitere Entwicklung der Investitionen, und hier besonders die der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich behaftet. Wenn in der Jahresprojektion eine — angesichts der insgesamt eher negativen Wachstumsaussichten — relativ robuste Investitionstätigkeit der Wirtschaft unterstellt wird, so stimmt dies zwar mit den Ergebnissen von Unternehmensbefragungen in der zweiten Jahreshälfte 1980 überein, ist aber angesichts der vielfältigen Unsicherheiten bei den Kosten- und Absatzerwartungen noch keineswegs gesichert; andererseits legt jedoch eine Reihe positiver Faktoren eine solche Einschätzung nahe: Größere Ertragseinbußen wie 1974 konnten bisher u. a. wegen einer insgesamt maßvolleren Lohnpolitik vermieden werden. Der Zwang zur Rationalisierung sowie zur Einsparung und Substitution von Energie aus Gründen der Kostensenkung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit hält an. Aber auch die Tatsache, daß im vorausgegangenen Aufschwung kaum Überkapazitäten entstanden sind, spricht für einen relativ optimistischen Ansatz bei den Unternehmensinvestitionen. Da in der Jahresprojektion davon ausgegangen wird, daß auch in diesem Jahr gefährliche Ertragseinbußen vermieden werden können, wird für die Anlageinvestitionen der Unternehmen ein etwa genauso hohes Volumen wie im Vorjahr erwartet. Für den Wohnungsbau ist dagegen — worauf auch das seit einiger Zeit abgeschwächte Auftragsvolumen hindeutet — angesichts hoher Preissteigerungen in der Vergangenheit für Bauleistungen und Bauland und wegen der z. Z. hohen Fremdfinanzierungskosten mit einem niedrigeren Fertigstellungsvolumen als im Vorjahr zu rechnen.

Auch für die öffentlichen Investitionen wird nach ihrem relativ kräftigen Anstieg in den letzten drei Jahren wegen nachlassender Wirkungen des Programms für Zukunftsinvestitionen und der Konsolidierungsbemühungen bei den öffentlichen Haushalten real ein Rückgang gegenüber 1980 erwartet. Dabei dürfte das Investitionsverhalten der Gemeinden, der wichtigsten öffentlichen Investoren, ausschlaggebend sein.

Bei diesen Annahmen über die reale Entwicklung der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich, im Wohnungsbau und im staatlichen Sektor wird in der Jahresprojektion 1981 unter Berücksichtigung des erwarteten abgeschwächten Preisanstiegs für Ausrüstungen und Bauten von einer

Zunahme der Anlageinvestitionen um nominal 2 bis 4%

(nach 12% im Vorjahr) ausgegangen.

Wie schon 1980 dürfte die *Vorratsbildung* auch in diesem Jahr kontraktiv auf die Sozialproduktentwicklung wirken. Eine solche Einschätzung entspricht den Erfahrungen aus vorangegangenen ähnlichen konjunkturellen Phasen. Diese Anpassung der Lagerhaltung an ein niedrigeres Produktionsniveau spiegelt sich allerdings teilweise in einem geringeren Importbedarf wider und wirkt sich somit nicht in voller Höhe auf die Entwicklung des Sozialprodukts aus. Im Verlaufe dieses Jahres müßte es aber nach den Bedingungen der Jahresprojektion wieder zu einem stärkeren Vorratsaufbau als in der zweiten Hälfte des Vorjahres kommen.

11. Die Annahmen in der Jahresprojektion für die private Verbrauchsnachfrage basieren auf den Vorstellungen über die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Hierbei wurde davon ausgegangen, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme 1981 mit rd. 3% deutlich geringer als im Vorjahr ($7\frac{1}{2}$ %) zunimmt. Für die Nettolöhne ist, anders als 1980, etwa mit der gleichen Zunahme zu rechnen. Zwar werden die Lohnsteuerabzüge wegen der zum 1. Januar 1981 in Kraft getretenen Senkung des Einkommensteuertarifs und ergänzender Maßnahmen schwächer als die Löhne zunehmen; dem steht aber ein überproportionaler Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge wegen erhöhter Beitragsätze zur Rentenversicherung und bei verschiedenen gesetzlichen Krankenkassen gegenüber. Auch für die Zunahme der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen muß nach ihrem überproportionalen Anstieg im Vorjahr angesichts der schwachen konjunkturellen Aussichten mit einer deutlich abgeschwächten Dynamik gerechnet werden. Dagegen dürften sich die vom Staat empfangenen Übertragungseinkommen wegen der zu Jahresbeginn in Kraft tretenden familienfördernden Maßnahmen und höherer Leistungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter eher etwas stärker als im Vorjahr ausweiten. Insgesamt wird für das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit 5 bis 6% ein merklich schwächerer Zuwachs als 1980 ($7\frac{1}{2}$ %) erwartet. Für die Sparquote wird in der Jahresprojektion von keiner nennenswerten Änderung gegen-

über dem im Vorjahr gestiegenen Niveau ausgegangen, so daß auch

der Private Verbrauch 1981 um 5 bis 6% zunehmen könnte.

12. Die auf Konsolidierung ausgerichteten Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften lassen einen deutlich geringeren Ausgabenanstieg als im Vorjahr erwarten. Auch für die Sachleistungsausgaben der Sozialversicherung wird von einer gegenüber 1980 spürbar abgeschwächten Ausweitung ausgegangen. In der Jahresprojektion ist daher eine

Zunahme des Staatsverbrauchs von 4 bis 5%

unterstellt worden, die damit erheblich hinter der Vorjahresentwicklung (+9%) zurückbleiben würde. Hierbei wird erwartet, daß die Personalkostensteigerungen im öffentlichen Dienst den Konsolidierungsnotwendigkeiten Rechnung tragen und die zuletzt wieder deutliche Ausgabendynamik im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung fühlbar abgeschwächt werden kann.

13. Die Annahmen für Inlandsnachfrage und Ausfuhr ergeben für die gesamte Güterverwendung eine nominale Zunahme von $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ %. Für die Einfuhr wird unter Berücksichtigung des zur Befriedigung der Endnachfrage notwendigen Importvolumens, des erwarteten stark abgeschwächten Preisanstiegs für Einfuhrgüter und der eher etwas überproportional zunehmenden Dienstleistungsausgaben von einer annähernd gleichen Entwicklung ausgegangen. Hieraus folgt für den

nominalen Außenbeitrag ein Anstieg um 2 bis 6 Mrd. DM

auf 0 bis 4 Mrd. DM. Diese Zunahme des Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen resultiert aus einem relativ starken expansiven Effekt des Außenbeitrags in konstanten Preisen und einer nur noch leichten Verschlechterung der terms of trade. Bei den Einfuhrpreisen wurde dabei im Jahresverlauf von einer eher schwächeren Entwicklung als bei den Ausführpreisen ausgegangen, die leichte Verschlechterung des Austauschverhältnisses im Außenhandel ist also lediglich Konsequenz des höheren Überhangs der Einfuhrpreise zum Jahresende 1980, der seinerseits u. a. eine Folge der DM-Schwäche im Verlaufe des Vorjahres ist.

Damit würde sich insgesamt ein

Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts um $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ %

(nach 7% im Vorjahr) ergeben.

14. Treffen die der Jahresprojektion zugrundegelegten Annahmen über die Kostenentwicklung im Inland und die Einfuhrpreise zu, könnte sich der Anstieg der Inlandspreise nach dem als vorübergehend angesehenen Anziehen Ende 1980 im Jahresverlauf 1981 wieder deutlich verlangsamen. Der Preisanstieg im Jahresdurchschnitt ist dabei allerdings durch die Entwicklung innerhalb des Vorjahres schon stark vorbelastet. Der daraus resultierende „Überhang“ betrug z. B. bei den Verbraucherpreisen

Ende 1980 bereits rd. 2% und war damit genau so hoch wie vor einem Jahr. In der Jahresprojektion wird unter Berücksichtigung dieser Vorbelastung und in Erwartung einer starken Abflachung des Preisauftriebs im Jahresverlauf 1981 unterstellt, daß sich der

Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1981 auf rd. $4\frac{1}{2}$ %

begrenzen läßt. Im Jahresverlauf (Jahresende 1981 gegenüber Jahresende 1980) würde dies eine Zunahme des Verbraucherpreisniveaus um etwa $3\frac{1}{2}$ bis 4% bedeuten. Für die Preisrate der gesamten inländischen Nachfrage und des Bruttosozialprodukts wird nach den Bedingungen der Jahresprojektion ebenfalls mit einer Zunahme um rd. $4\frac{1}{2}$ % im Jahresdurchschnitt gerechnet.

15. Aus der erwarteten Entwicklung von nominalem Sozialprodukt und seiner Preisrate resultiert 1981 im Jahresdurchschnitt

real eine Stagnation des Bruttosozialprodukts, im ungünstigeren Fall ein Rückgang um bis zu 1%.

Damit würde im Jahresdurchschnitt die Kapazitätsauslastung mindestens in der Größenordnung der Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (etwa $2\frac{1}{2}$ bis 3%) zurückgehen; dahinter verbirgt sich aber im Jahresverlauf bei wieder positiven Wachstumsraten eine steigende Ausnutzung der Fertigungskapazitäten. Bei einer solchen Entwicklung im Jahresdurchschnitt wird das Arbeitsvolumen (Erwerbstätige mal durchschnittlich geleistete Arbeitszeit) gegenüber 1980 verstärkt zurückgehen, da weiterhin mit einer wenn auch — verglichen mit der Vergangenheitserfahrung — deutlich abgeschwächten Zunahme der Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) gerechnet werden muß. Der überwiegende Teil des geringeren Arbeitsvolumens dürfte dabei auf eine konjunkturell bedingte Reduzierung der Arbeitszeit — weniger Überstunden und vermehrte Kurzarbeit — entfallen; darüber hinaus wird es jedoch voraussichtlich auch zu einer Abnahme der Erwerbstätigenzahl um etwa 1 bis $1\frac{1}{2}$ % kommen. Da auch 1981 der Rückgang der Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger anhalten wird, dürfte sich die Zahl beschäftigter Arbeitnehmer weniger stark reduzieren.

Bei dieser Beschäftigungsentwicklung und einem auch in diesem Jahr aus demographischen Gründen stark zunehmenden einheimischen Arbeitskräftepotential wird in der Jahresprojektion angenommen, daß

die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1981 auf rd. $4\frac{1}{2}$ % (bezogen auf alle Erwerbspersonen) bzw. rd. 5% (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) begrenzt werden kann.

16. Bei überproportional starkem Anstieg der Abschreibungen und der indirekten Steuern (u. a. durch die vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuer und der Branntweinabgaben) sowie aufgrund der Kür-

zungen bei Subventionen dürfte 1981 das Volkseinkommen mit etwa 2 1/2 bis 3 1/2 % langsamer als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen. Bei der Abschätzung der Verteilung des Volkseinkommens wurde in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß die Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um rd. 4 % zunehmen. Unter Berücksichtigung stärker steigender Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung wegen erhöhter Beitragsätze zur Renten- und Krankenversicherung einerseits sowie der erwarteten rückläufigen Beschäftigungsentwicklung andererseits würde hieraus eine

Zunahme des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit um 3 bis 4 %

folgen.

Als Differenz zwischen der in der Jahresprojektion unterstellten Entwicklung des Volkseinkommens und der Lohneinkommen würde sich dann für die

Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen ein Anstieg um 2 bis 3 %

ergeben. Die Bestandteile dieser aus dem volkswirtschaftlichen Kreislauf ermittelten Restgröße — u. a. Erträge der gewerblichen Wirtschaft, Einkommen aus landwirtschaftlicher und freiberuflicher Tätigkeit, aber auch Zins-, Miet- und Pachteinahmen von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen — können im vorhinein nicht plausibel abgeschätzt werden.

17. Die derzeit bekannten Planungen der Gebietskörperschaften und im Sozialversicherungsbereich lassen 1981 für den gesamten staatlichen Sektor einen Ausgabenanstieg in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 4 1/2 bis 5 1/2 % erwarten. Insbesondere die Ausgaben im Rahmen der sozialen Sicherung dürften dabei überproportional zum Bruttosozialprodukt zunehmen. Das Wachstum der Gesamteinnahmen wird mit 4 bis 5 % voraussichtlich etwas dahinter zurückbleiben. Wegen

der Ausfallwirkungen des Steuerentlastungsgesetzes 1981 muß dabei für die Steuereinnahmen mit einer noch schwächeren Entwicklung gerechnet werden. Dagegen werden die Sozialversicherungsbeiträge wegen der Erhöhungen der Sätze bei der Rentenversicherung und verschiedenen Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung relativ stärker zunehmen. Aus dieser erwarteten Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den gesamten öffentlichen Sektor von 55 bis 59 Mrd. DM, dessen Anstieg um 3 bis 7 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr jeweils etwa zur Hälfte auf die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung entfallen würde. Ohne die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Maßnahmen zur Steuerentlastung und Familienförderung hätte sich rechnerisch ein Defizitabbau ergeben. Das der Jahresprojektion zugrundeliegende Gesamtdefizit würde 3 1/2 bis 4 % des Bruttosozialprodukts entsprechen.

18. Dem steigenden öffentlichen Defizit steht nach den Annahmen der Jahresprojektion eine verstärkte Geldvermögensbildung der privaten Haushalte und ein gegenüber 1980 geringerer Fremdfinanzierungsbedarf des Unternehmenssektors gegenüber. Für die Ersparnisbildung der privaten Haushalte wurde dabei von einer Parallelentwicklung zum Anstieg des verfügbaren Einkommens ausgegangen. Der niedrigere Finanzierungsbedarf des Unternehmenssektors resultiert aus der voraussichtlich geringeren Aktivität im Wohnungsbau — einem Bereich mit überdurchschnittlich hohem Fremdkapitaleinsatz — und der erwarteten schwächeren Lageraufstockung im gewerblichen Bereich. Andererseits dürfte sich der Forderungsabbau gegenüber dem Ausland als Folge eines nach den Annahmen der Jahresprojektion voraussichtlich abnehmenden Leistungsbilanzdefizits gegenüber dem Vorjahr verlangsamen.

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1977 bis 1980
und Eckwerte der Jahresprojektion 1981**

	1977	1978 ³⁾	1979 ³⁾	1980 ⁴⁾	1981 ⁵⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Entstehung des Sozialprodukts					
Erwerbstätige	- 0,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,6	-1 bis -1½
Arbeitslosenquote in % A ¹⁾	(4,5)	(4,3)	(3,8)	(3,8)	(rd. 5)
B ²⁾	(3,9)	(3,8)	(3,3)	(3,3)	(rd. 4½)
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,8	- 0,9	- 0,5	- 0,6	-1 bis -1½
Bruttoinlandsprodukt					
in Preisen von 1970 (BIP)	+ 3,0	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,0	0 bis -1
BIP je Erwerbstätigen	+ 3,2	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,4	+½ bis +1
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 2,0	+ rd. 2
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 7,4	+ 6,7	+ 7,2	+ 7,1	+5 bis +6
Staatsverbrauch	+ 5,4	+ 7,5	+ 8,0	+ 9,0	+4 bis +5
Anlageinvestitionen	+ 7,4	+10,5	+15,6	+12,0	+2 bis +4
darunter: Öffentliche Investitionen	- 1,4	+12,2	+16,4	+14,7	0 bis +2
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+13,2)	(+ 9,4)	(+29,6)	(+23,7)	(+12 bis +14)
Inlandsnachfrage	+ 6,8	+ 7,3	+10,8	+ 8,0	+3 bis +4
Außenbeitrag					
Mrd. DM	(+29,5)	(+37,3)	(+92,4)	(- 2,2)	(0 bis +4)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	(2,5)	(2,9)	(0,9)	(- 0,1)	(0 bis ½)
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ 6,7	+ 7,7	+ 8,5	+ 6,9	+3½ bis +4½
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,9	+ 5,4	+ rd. 4½
Inlandsnachfrage	+ 3,8	+ 3,2	+ 4,5	+ 6,1	+ rd. 4½
Bruttosozialprodukt	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,8	+ 5,0	+ rd. 4½
Verteilung des Sozialprodukts					
Volkseinkommen	+ 6,7	+ 7,7	+ 8,2	+ 6,4	+2½ bis +3½
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+ 6,0	+10,3	+10,3	+ 3,3	+2 bis +3
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 6,9	+ 6,7	+ 7,3	+ 7,7	+3 bis +4
<i>Nachrichtlich:</i>					
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 6,9	+ 5,2	+ 5,5	+ 6,6	+ rd. 4
Sparquote	(12,6)	(12,5)	(13,1)	(13,4)	(rd. 13½)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen.

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes.

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1981.

⁵⁾ Jahresprojektion.

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1977	1978 ¹⁾	1979 ¹⁾	1980 ²⁾	1981 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Einnahmen					
Steuern	+11,2	+ 5,6	+ 7,2	+ 6,3	+2 ¹ / ₂ bis +3 ¹ / ₂
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 7,3	+ 7,0	+ 7,8	+ 8,9	+5 bis +6
Sonstige Einnahmen	+ 6,7	+12,4	+ 6,4	+ 7,8	+6 ¹ / ₂ bis +7 ¹ / ₂
Einnahmen insgesamt	+ 9,5	+ 6,5	+ 7,4	+ 7,3	+4 bis +5
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 5,4	+ 7,5	+ 8,0	+ 9,0	+4 bis +5
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 9,2	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,3	+5 bis +6
Investitionen	- 1,2	+11,8	+15,9	+15,7	0 bis +2
Ausgaben insgesamt	+ 6,7	+ 7,3	+ 8,1	+ 8,2	+4 ¹ / ₂ bis +5 ¹ / ₂
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-29,2	-35,5	-42,3	-51,5	-55 bis -59

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1981

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen

